

CENTRAL AMERICA SPECIAL ACTION (CASA) und GUATEMALA-Koordination

CASA- und Guatemala-Kogruppe (2103)
Postfach 13 01 23, 20101 Hamburg
E-Mail: casa@amnesty-hamburg.de
<http://www.casa-amnesty.de>

Rundbrief März 2009

Informationen aus und über Zentralamerika und Mexiko



Das historische Polizeiarchiv in Guatemala: Durch Zufall wurde in Guatemala das bisher größte erhaltene Archiv in Lateinamerika mit Dokumenten zu Menschenrechtsverbrechen entdeckt. Es sind wesentliche Fortschritte in der Aufdeckung der Vergangenheit zu erwarten.

Spendenkonto: Kto.-Nr. 80 90 100, Stichwort: 2103
Bank für Sozialwirtschaft Köln (BLZ 370 205 00)

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Inhalt

In eigener Sache (Wolfgang Grenz)	1
Die hoffnungslose Situation zentralamerikanischer MigrantInnen im Transitland Mexiko – Anlässlich eines Filmabends mit Uli Stelzner (Hauke Lorenz)	2
Das Historische Polizeiarchiv in Guatemala (Jorun Poettering)	8
Guatemalas Präsident muss handeln, um eine Krise zu vermeiden Presseerklärung von Amnesty International über das erste Jahr der Regierung Colom, 12. Januar 2009	11
Gefängnisse in Honduras. Menschenrechtsverletzungen im "5-Sterne-Hotel" (Peter Peetz)	12
Nicaragua: Machtmissbrauch und Wohltaten – Eine Revolution wird recycelt (Andrés Schmidt)	14
Länderkurzbericht Panama 2009 (Shelina Islam)	19
Zur Menschenrechtslage in El Salvador. Infoveranstaltung mit <i>Mariposa</i> am 18. April 2008 in der Werkstatt 3 (Kirstin Büttner und Marcos de Barros)	21
„Klimawechsel in El Salvador“? Straflosigkeit und politische Alternativen Zwei Vorträge beim Koordinationstreffen der El Salvador Solidarität (Kirstin Büttner)	22
<i>Filmkritik:</i> Ein wenig genießen vor dem Sterben (Marcos de Barros)	25
Ökoparadies ohne Indígenas. Der mexikanische Bundesstaat Chiapas wird nach Regierungsplänen komplett umgebaut (Luz Kerkeling)	27
Kurznachrichten	32
[FMLN gewinnt Präsidentschaftswahlen in El Salvador], [Casa Alianza Guatemala geschlossen], [Eine gute Nachricht aus Honduras], [Eine Fülle von Länderinformationen], [Mexiko: Vier der fünf Gewissensgefangenen von Ayutla sind frei!]	
Impressum	31

In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser,

Hinter uns liegt ein Jahr voller Ereignisse. Über die auf unsere Region bezogenen Aktivitäten hinaus waren wir in zwei Veranstaltungen des Bezirks eingebunden: Zum einen die Jahresversammlung 2008, die in Hamburg stattfand und auf der wir die Organisation der AI-Kneipe übernahmen, und zum anderen der Abend im Kulturhaus 73 am 10. Dezember anlässlich des 60. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Bei diesen Anlässen und bei eigenen Informations-Veranstaltungen in der zweiten Jahreshälfte haben wir für Mitarbeit in unserer Gruppe geworben. Eine Reihe Interessierter schaute bei unseren regelmäßigen Treffen vorbei, und drei neue Aktive konnten wir dauerhaft in unserem Kreis aufnehmen. Darüber freuen wir uns sehr; die Gruppe ist wieder stabiler geworden.

Die Homepage wird regelmäßig aktualisiert. Sie ist weiterhin unser wichtigstes Informationsorgan über die Jahreszeiten, insbesondere für die Eilaktionen. Die Betreuung der Fälle aus der Einzelfalldatenbank nimmt zu.

Bei einer Infoveranstaltung im April vergangenen Jahres ging es um die Menschenrechtsslage in El Salvador (s.u.). Wesentlicher Länderschwerpunkt unserer Arbeit bleibt aber nach wie vor Guatemala. Hierzu wurde erst kürzlich die seit langem angekündigte Kampagne „Gerechtigkeit und Straflosigkeit – Guatemalas Kommission für Historische Aufklärung 10 Jahre später“ auf den Weg gebracht (s. Homepage). Im Oktober zeigten wir – gemeinsam mit der Hamburger Hochschulgruppe – den Dokumentarfilm „Asalto al Sueño – Angriff auf den Traum“. Der Filmemacher Uli Stelzner war anwesend und stand in der anschließenden Diskussion Rede und Antwort. Mit weit über hundert Besuchern war dies unsere mit Abstand größte öffentliche Veranstaltung seit langem. Auch der Vortrag von Luz Kerkeling zum Thema „Chiapas im Visier von Politik und Kapital“ war sehr gut besucht. Wir bedanken uns an dieser Stelle noch einmal bei der Werkstatt 3 und dem Verein Zapapres für die gute Kooperation.

Kirstin Büttner und Jorun Poettering nahmen am 13. September 2008 an einem Treffen mit dem guatemaltekischen Menschenrechtsombudsmann, Sergio Morales, und dem Direktor des Historischen Polizeiarchivs, Gustavo Meo-

ño, im Büro von Amnesty International in Berlin teil. Jorun begleitete Meoño an den Folgetagen auch durch Hamburg. Markus Kneissler beteiligte sich (in Abstimmung mit dem Zentralamerika-Team im IS) an einem Runden Tisch mit Dr. Ruth del Valle, der Vorsitzenden der präsidentialen Menschenrechtskommission am 2. März 2009 in der guatemaltekischen Botschaft in Berlin. Ich selber hielt Vorträge vor Schülern eines Gymnasiums in Dülmen (Westfalen) und vor Studierenden in Trier über die aktuelle Menschenrechtsslage in Mexiko.

Zu diesem Rundbrief

Das vorliegende Heft vereinigt endlich auch einmal wieder Nachrichten aus allen Teilen unserer Region, auch wenn uns zu drei von sechs zentralamerikanischen Ländern keinerlei Informationen aus London erreichen. Vor allem Costa Rica und Panama fallen heraus. Das bedauern wir sehr, aber wir sehen es dennoch als unsere Aufgabe an, über diese Länder zu informieren.

Einige Beiträge des Heftes stehen im Zusammenhang mit Veranstaltungen, die wir im Laufe des Jahres durchgeführt hatten. **Hauke Lorenz** berichtet aus Anlass der nochmaligen Filmvorführung von „Asalto al Sueño – Angriff auf den Traum“ über das Schicksal Arbeit suchender zentralamerikanischer Migrantinnen und Migranten, die versuchten, sich ihren Traum zu erfüllen und in den USA mit irgendeinem Job Dollars für sich und ihre daheim gebliebenen Verwandten zu verdienen. **Jorun Poettering** schreibt über das Historische Polizeiarchiv – das bisher größte erhaltene Archiv seiner Art in Lateinamerika. Zu Honduras konnten wir einen Beitrag von **Peter Peetz** einwerben, der sich im Herbst 2008 zu Forschungszwecken in der Region aufhielt. **Kirstin Büttner** reiste aus beruflichen Gründen nach El Salvador und Nicaragua auf. Daraus resultierte u.a. eine Zusammenarbeit mit **Andrés Schmidt** vom Öku-Büro. **Shelina Islam** hat einen Länderkurzbericht Panama beigesteuert. Zu El Salvador enthält das Heft mehrere Beiträge von **Kirstin Büttner** und **Marcos de Barros**. Ergänzt wird diese Ausgabe durch einen Aufsatz von **Luz Kerkeling** (s.o.).

Wie immer gilt unser Dank allen Förderern und Spendern.

Herzliche Grüße von Wolfgang Grenz

Die hoffnungslose Situation zentralamerikanischer MigrantInnen im Transitland Mexiko

Anlässlich eines Filmabends mit Uli Stelzner

Von Hauke Lorenz ¹

Am 28.10.2008 veranstalteten die Lateinamerika Hochschulgruppe der Universität Hamburg und die CASA-Kogruppe gemeinsam einen Filmabend im Haus 73 im Hamburger Schanzenviertel. Gezeigt wurde noch einmal der Dokumentarfilm *Asalto al Sueño* (Angriff auf den Traum) von Uli Stelzner (vgl. die Filmkritik in Rundbrief 1-2007). Es war uns gelungen, den Filmemacher nach Hamburg einzuladen. Er stand in der anschließenden Diskussion Rede und Antwort. Ergänzt wurde die Veranstaltung durch zwei Kurzvorträge zu den Themen Geldüberweisungen (Wolfgang Grenz) und Überlebensstrategien von MigrantInnen (Hauke Lorenz). Der Saal war mit über hundert Personen bis zum letzten Platz gefüllt. Es wurden 200 Euro Spendengelder gesammelt, die zu gleichen Teilen an die Migranten-Herbergen „Hermanos del Camino“ in Ixtepec und „Jesús el Buen Pastor“ in Tapachula überwiesen wurden.



Foto: Kea Kordlandwehr

Der Film

Der Film schneidet ein brisantes Thema an, zu dem es während der letzten Monate immer wieder Urgent Actions gegeben hat. Es geht um die hoffnungslose Situation zentralamerikanischer MigrantInnen, die Mexiko auf ihrem Weg

Am 9. Januar 2009 schossen Polizeibeamte in San Cristóbal de las Casas (Chiapas/Mexiko) auf einen Lastwagen, in dem sich 45 Migrantinnen und Migranten befanden. Drei von ihnen wurden getötet, acht weitere schwer verletzt. Der Fahrer des Lkw war von der Polizei verfolgt und aufgefordert worden am Straßenrand zu halten; er war dieser Aufforderung jedoch nicht nachgekommen. Amnesty International fürchtet, dass den MigrantInnen, die gegen die für den Angriff Verantwortlichen ausgesagt haben, Vergeltungsmaßnahmen drohen. Weiter fordert Amnesty, dass die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden und die Zeugen die Möglichkeit erhalten auszusagen, ohne Angst vor Abschiebungen haben zu müssen. Einige von ihnen wurden bereits wenige Tage nach der Tat abgeschoben.

In diesem Beitrag geht Hauke Lorenz darauf ein, weshalb nur so wenige Verfahren gegen Verantwortliche von Menschenrechtsverletzungen an MigrantInnen geführt werden.

in die USA durchqueren. Für die Aufnahmen war Uli Stelzner mit einer kleinen Digitalkamera in die Grenzregion, den sog. „Soconusco“ gefahren. Dabei war der Regisseur im Stile des *direct cinema* mitten im Geschehen: Er traf auf die Wartenden an den Gleisen der Güterzüge, wurde Zeuge einer Razzia von Migrationspolizei und Armee, befragte die Verhafteten im ehemaligen größten Abschiebegefängnis Mexikos und begegnete während der Dreharbeiten dem jungen Migranten Noé zufällig mehrere Male. Dessen tragischer Tod am Ende steht stellvertretend für die Schicksale vieler.

Der Film wurde auf zahlreichen internationalen Festivals gezeigt. Darüber hinaus konnten tausende Betroffene den Film auf öffentlichen Plätzen während einer Vorführtournee durch Mittelamerika und Mexiko sehen und diskutieren. Auch in den USA wurde der Film an zahlreichen Orten vorgeführt. Dass es dabei in Mexiko zu Zensur und Verboten kam, zeigt, wie brisant die Rolle Mexikos als Transitland in der aktuellen Migrationspolitik ist.

Rimessen

Ziel aller an der gewaltigen Wanderungsbewegung Beteiligten ist es, sich den „Amerikanischen Traum“ zu erfüllen, das Gebiet der USA zu erreichen, einen bezahlten Job zu finden und

¹ Hauke Lorenz (Jg. 1982), gehört seit Anfang 2009 zur CASA- und Guatemala-Kogruppe. Er studiert Ethnologie, Lateinamerikastudien und Geographie an der Universität Hamburg mit den Schwerpunkten Migration und Entwicklung. 2005-2006 verbrachte er zwei Semester an der *Universidad Autónoma del Estado de México* in Toluca, mit Feldforschungen an der Südgrenze Mexikos.

Geldüberweisungen (Rimessen) nach Lateinamerika, 2001-2004 (in Mio. US-\$)

Jahr	2001	2002	2003	2004	[2008]
<i>Lateinamerika insges.</i>	(24 Tsd)	(32 Tsd)	(38 Tsd)	(45 Tsd)	[60 Tsd]
Costa Rica			306	320	[400]
El Salvador	1.920	2.111	2.316	2.548	[3.000]
Guatemala	584	1.689	2.106	2.681	[3.400]
Honduras	460	770	862	1.134	[1.500]
Nicaragua	610	759	788	800	[850]
Panama				231	[250]
Mexiko	9.273	10.502	13.266	16.613	[20.000]
<i>Zentralamerika/Mexiko</i>	12.847	15.831	19.644	24.327	[29.400]

Quelle:

CEMLA, Programa de Remesas, Okt. 2005 [<http://www.remesasydesarrollo.org/uploads/media/reporte-consideraciones.pdf>].

Schätzungen von FOMIN auf der Grundlage von Informationen der Zentralbanken der genannten Länder. 2008: geschätzte Zahlen.

einen Großteil des verdienten Geldes an ihre Verwandten in den Heimatländern zu überweisen. Die Geldtransfers – im Bankjargon *remittances*, *remesas* oder auch deutsch „Rimessen“ genannt – stellten in den letzten Jahren einen stetig wachsenden Anteil am Bruttosozialprodukt der Heimatländer dar, der zu einem wesentlichen, teilweise sogar zum wichtigsten Devisenbringer geworden ist.²

Die andere Grenze

Die USA errichten eine Mauer entlang der Grenze zu Mexiko, um MigrantInnen aus ihrem südlichen Nachbarland sowie aus Mittel- und Südamerika aufzuhalten. Viele von ihnen kommen nicht einmal bis dorthin. Sie werden bereits aus Mexiko abgeschoben, denn die Visavergabe ist dort an strenge Auflagen geknüpft. Mexiko hat damit einer Forderung aus den USA entsprochen, um im Gegenzug einigen seiner in den USA lebenden StaatsbürgerInnen einen legalen Status zu verschaffen. Für Menschen ohne Aufenthaltspapiere in Mexiko beginnt bereits an der Südgrenze ein wahrer Alptraum. Es ist die Grenze der Herbergen, die oft vor Menschen überquellen und nur über spärliche Ressourcen verfügen. Hier werden täglich verkrüppelte, geschlagene, missbrauchte, überfallene, erschöpfte, hungrige, mit Macheten geschlagene, mit HIV infizierte, mit und ohne Familie reisende MigrantInnen betreut. Besonders in dieser Region werden sie oft ausgenutzt und hinterlassen saftige Gewinne. Sie sind auf den

Norden fokussiert und lassen ihre im Süden verankerte Geschichte zurück.

Die Südgrenze Mexikos ist bis heute eine durchlässige Grenze. Grenzüberquerungen abseits der offiziellen Übergänge sind ohne weiteres möglich. Die eigentlichen Passkontrollen fangen erst innerhalb Mexikos an und wiederholen sich bis zur Nordgrenze immer wieder. Fast alle MigrantInnen, die ohne Schlepper reisen, werden ausgeraubt, oder müssen sich von drohenden Abschiebungen freikaufen. Viele versuchen durch Arbeit, z.B. auf den Kaffeeplantagen der Region, ihre Weiterreise zu finanzieren. Sie werden oft schlecht oder nicht bezahlt. Es scheint, als würde die Armut nur zwei Auswege lassen: Illegalität oder Kriminalität. Um den Kontrollen zu entgehen, reisen viele mit einem Güterzug. Er wird auch Todeszug (*tren de la muerte*) oder Bestie genannt.

Schizophrene Politik?

Die außenpolitische Haltung Mexikos zum Thema Migration, wird von KritikerInnen als schizophren bezeichnet (vgl. Villafuente Solís, Sin Fronteras). Mexiko ist Herkunftsland, Transitland und Zielland von Migration. Der Wunsch, die Beziehungen zu den Vertragspartnern des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA)³ zu verbessern, hat die mexikanische Politik dazu gebracht, dem Druck der Forderung nach transnationaler Sicherheit innerhalb der NAFTA-Staaten nachzugeben. Die Einreise irregulärer bzw. nicht dokumentierter MigrantInnen

² Durch die globale Finanzkrise zeichnet sich seit 2008 ein Absättstrend ab.

³ North American Free Trade Agreement (Wirtschaftsbündnis zwischen USA, Kanada und Mexiko seit dem 1.1.1994).

nen auf dem Weg in Richtung Norden wird immer stärker eingeschränkt. Diese Praxis wird als unerlässliches Element erachtet, wenn es darum geht, Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von MexikanerInnen in den USA zu ergreifen. Mexiko ist in Fragen der Verteidigung der Rechte von MigrantInnen in regionalen und internationalen Foren sehr aktiv. Dieser Aktivismus verläuft auf interner Ebene geradezu gegensätzlich. Ein Schwerpunkt liegt auf Polizeiarbeit, die sich in Massenverhaftungen und Abschiebungen aus Mexiko ausdrückt (vgl. Sin Fronteras 2005:6). Aus der Behandlung, die MigrantInnen in den USA erfahren, wird offenbar abgeleitet, diese in Mexiko ebenso zu behandeln. Kontrolle von Migration muss also in einem repressiven Rahmen verstanden werden, der dazu beiträgt, dass MigrantInnen als Feinde und Verbrecher wahrgenommen werden.⁴ Erst während der letzten Jahre hat Mexiko angefangen, internationale Menschenrechtsstandards bei der Verhaftung und Abschiebung von MigrantInnen ansatzweise umzusetzen.

Abschiebungen aus Mexiko

Staatsangehörigkeit	2004	2005	2006	2007	2008 bis Nov.
Guatemala	94.404	99.315	84.523	12.783	39.425
Honduras	72.684	77.730	58.001	21.996	28.682
El Salvador	34.572	42.282	27.287	5.095	13.325
Nikaragua	2.453	3.761	3.590	1.967	1.491
Ecuador	2.473	1.944	1.435	921	1.050
Total	208.590	227.037	176.842	44.769	83.973

Quelle: Instituto Nacional de Migración [www.inm.gob.mx]

Casas del Migrante

Die *Casas del Migrante*, sind Einrichtungen der katholischen Kirche, in denen MigrantInnen drei Tage und Nächte bleiben dürfen. Hier wird ihnen im Wesentlichen die Möglichkeit gegeben, sich auszuruhen; ihnen werden Mahlzeiten angeboten und sie können sich und ihre Kleidung waschen. Es gibt außerdem die Möglichkeit, einen Arzt zu besuchen und Krankheiten auszukurieren. Vereinzelt gehen MitarbeiterInnen der *Casas del Migrante* auch zu Banken, um Geldsendungen für die MigrantInnen abzuho-

len. Die MigrantInnen haben nur selten Papiere dabei⁵ und sind daher oft nicht in der Lage, Geldsendungen abzuholen. Ein weiterer Service dieser Einrichtungen ist neben medizinischer Betreuung unter anderem auch das Angebot, über Menschenrechte und Aids aufzuklären. Kondome werden kostenfrei ausgegeben, um sich im Falle einer Vergewaltigung möglichst schützen zu können.



Während der vergangenen Monate gab es mehrere UAs zur Situation von MigrantInnen, die Mexiko durchqueren wollten. Im Juni 2008 drohten Ortsbewohner von Ixtotec im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca damit, die im Aufbau befindliche *Casa del Migrante* „Hermanos del Camino“ niederzubrennen, sollte diese nicht innerhalb von 48 Stunden geschlossen werden. Der Leiter dieser Herberge Pater Alejandro Solalinde gehört zu den Menschenrechtsverteidigern, die Menschenrechtsverletzungen an MigrantInnen konsequent anzeigen und immer wieder Repressionen ausgesetzt sind. (Foto: Hermanos del Camino)

Die meisten Menschen, die hier durchreisen, kommen aus den Ländern Zentralamerikas (Guatemala, Nicaragua, Honduras, El Salvador). Während meines Aufenthaltes hatte ich auch Kontakt zu MigrantInnen aus Ghana, China und Brasilien. Die meisten von ihnen hatten nicht genügend Geld, um einen Schlepper zu bezahlen und sich in die USA führen zu lassen. Einige waren sitzen gelassen worden und setzten ihren Weg nun ohne Geld und auf eigene Faust fort.

Überlebensstrategien

MigrantInnen, die aus Guatemala kommen und über den Río Suchiate nach Ciudad Hidalgo in Chiapas einreisen, müssen einen Weg von noch mindestens 2.200 km zurücklegen, um in die USA zu gelangen. Viele schwimmen durch den Grenzfluss. In Tecún Humán (Guatemala)

4 Während meines Aufenthaltes in Tapachula wurde ich ausdrücklich vor einem Besuch in der *Casa del Migrante* gewarnt. Dort würden sich viele Menschen aus Zentralamerika aufhalten und es sei dort sehr gefährlich. Vor Ort machte ich jedoch fast ausschließlich gute Erfahrungen mit den MigrantInnen.

5 Bei einer Abschiebung aus Mexiko geben MigrantInnen oft ein falsches Herkunftsland an, damit sie, falls sie aus z.B. El Salvador stammen, nicht noch einmal den weiten Weg durch Guatemala machen müssen. Gleiches gilt für die Nordgrenze und Mexiko.

können MigrantInnen auch mithilfe eines Floßes nach Mexiko einreisen. Die Überfahrt kostet nur wenig und auf dem Fluss herrscht reger Verkehr von Menschen und Waren, die den regulären Grenzübertritt sowie dazugehörige Formalitäten umgehen.



Grenzfluss Río Suchiate

Zwischen Ciudad Hidalgo und Oaxaca werden Reisebusse fünfmal von Beamten des *Instituto Nacional de Migración* (INM) kontrolliert. Hinzu kommen weitere Verkehrskontrollen durch andere Polizei- und Militäreinheiten. Die MigrantInnen können also nur sehr eingeschränkt auf öffentliche Verkehrsmittel zurückgreifen.



Migranten auf einem Güterzug in Arriaga

Bis zum Herbst 2005 war das bevorzugte Verkehrsmittel der MigrantInnen der ganz Mexiko durchquerende Güterzug. Mit ihm war es möglich, bis in den Norden Mexikos zu reisen, ohne Geld auszugeben und Passkontrollen über sich ergehen zu lassen. Im Herbst 2005 brachte der Hurrikan Stan mehrere Brücken der Eisenbahnlinie entlang der Pazifikküste in Chiapas zum Einsturz. Die MigrantInnen waren dazu gezwungen andere Wege zu suchen. Viele stiegen auf das Nahverkehrsmittel Mikrobús um. Hier können sie den ortskundigen Fahrer an-



(Fotos: Hauke Lorenz)

weisen, sie kurz vor der nächsten *Caseta Migratoria* (Migrationskontrollpunkt) aussteigen zu lassen. Anschließend umrunden sie den Kontrollpunkt, um anschließend in den nächsten Mikrobús zu steigen. Auf diese Weise gelangen sie bis nach Ixtepec (Oaxaca).

Viele der MigrantInnen versuchen auch zu Fuß zum Zug zu gelangen. Sie nehmen hierbei Fußmärsche von über 400 km in zehn bis 14 Tagen in Kauf. Hierbei sind sie auf den guten Willen der Menschen, die an den Gleisen leben angewiesen, da sie sich von ihnen Wasser und etwas zu Essen besorgen. Erreichen sie den Zug, fahren sie mit diesem meist über Lechería (Mexiko-Stadt) und Veracruz in Richtung Norden. Haben sie es geschafft, müssen sie noch immer die Grenze zu den USA überqueren und stehen dort vor demselben beschwerlichen Weg wie die MexikanerInnen.

Rechte und Risiken

MigrantInnen sind in höherem Maße verletzlich als andere Reisende. Sie können aufgrund des fehlenden Aufenthaltsstatus nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln durch Mexiko reisen. Bereits vor dem Grenzübertritt von Guatemala

nach Mexiko setzen sie sich Gefahren aus. So wird MigrantInnen während der Überfahrt über den Suchiate-Fluss immer wieder gedroht, ins Wasser geworfen zu werden, würden sie nicht mehr Geld für die Überfahrt bezahlen. Auf der mexikanischen Seite des Flusses patrouillieren Soldaten der Armee. Die mexikanische Armee ist an vielen Orten in Chiapas stationiert und kontrolliert regelmäßig Fahrzeuge und Personen auf der Suche nach Drogen.

Immer wieder werden Fälle sexueller Gewalt dokumentiert, die häufig mit Raubüberfällen einhergehen. Eine meiner Informantinnen erzählte mir, dass sie trotz Anwesenheit ihres Mannes in ein Haus gezwert und von einem Soldaten vergewaltigt wurde. Die *Casa del Migrante* in Tapachula bietet mehrmals in der Woche Aidsaufklärung an und verteilt kostenlos Kondome. In der *Casa del Migrante* in Arriaga wurde der zuständige Pater schon um „die Pille danach“ gebeten, da die Frauen nicht schwanger im Norden ankommen möchten (vgl. CIMAC 2007). Als besonders gefährlich in Bezug auf Raubüberfälle und sexuelle Gewalt einzustufen sind alle Orte, an denen häufig MigrantInnen vorbeikommen und die abseits der normalen Reisewege liegen. Also vor allem entlang der Gleise, beim Umgehen der *Casetas Migratorias* und auf dem Güterzug selbst.

Laut Migrationsgesetzgebung sind nur die *Policía Federal Preventiva* (PFP – mexikanische Bundespolizei) und Beamte der INM dazu berechtigt, den Aufenthaltsstatus von Personen in Mexiko zu überprüfen. Beamte anderer Behörden, insbesondere der *Policía Sectorial*, sowie Angehörige der Armee prüfen trotz fehlender rechtlicher Grundlage immer wieder den Aufenthaltsstatus von Durchreisenden. Als Argument dient hier der Verdacht auf Menschenhandel, der eine Personenkontrolle erlaubt. Es kann davon ausgegangen werden, dass viele MigrantInnen einer Abschiebung um jeden Preis entgehen wollen und bereit sind, Beamten Bestechungsgelder anzubieten, die dafür offen sind.

MigrantInnen sind darüber hinaus einer Vielzahl weiterer Risiken ausgesetzt. Hierzu zählen vor allem (Verkehrs-)Unfälle, Krankheiten, Bisse von Tieren, Ertrinken, Verdursten, das Fallen vom Zug und Tod (Ruiz 2004:333ff). Allen Risiken voran geht hierbei der Güterzug, dem *Tren de la muerte*. Auf dem Zug fahren immer wieder bewaffnete Banden mit, die MigrantInnen ausrauben, vergewaltigen, mit Macheten angreifen und sie bei Zahlungsunfähigkeit vom Zug werfen. Auch kommt es vor, dass MigrantInnen ein-

schlafen und vom Zug fallen, durch herab hängende Äste vom Dach gewischt werden oder beim Aufspringen in einen Sog geraten und unter die Räder gezogen werden.

Netzwerkbeziehungen

Viele der MigrantInnen haben bereits in den USA lebende Verwandte oder Bekannte. Das Ziel der Reise steht daher meist schon fest. Die Beziehungen ins Zielland erleichtern den Einstieg in das Leben in den USA. Doch auch die Verbindungen in das Heimatland spielen eine über die Identitätsstiftung hinausgehende Rolle. Werden MigrantInnen während der Reise überfallen oder kommen in die Verlegenheit, nur durch Zahlung von Schmiergeld die Reise fortsetzen zu können, so geht das Bargeld oft aus. In vielen Fällen versuchen die MigrantInnen, sich durch vorübergehende Arbeit, ein wenig Geld für die nächste Etappe der Reise zu verdienen. Doch Arbeit in Mexiko zu finden ist für Menschen aus Zentralamerika nicht leicht und wird oft schlecht oder nicht bezahlt.⁶ Eine tragende Rolle spielen somit die Verwandten im Herkunfts- und im Zielland. Sie schicken den MigrantInnen häufig Geld, damit diese ihre Rei-



Migranten-Herberge „Jesús el Buen Pastor“ in Tapachula
(Foto: Hauke Lorenz)

⁶ Weiterführend dazu u.a. Sin Fronteras (a.a.O.)

se fortsetzen können. Um die Reise der Verwandten finanzieren zu können, werden nicht selten Grundstücke verkauft und Kredite aufgenommen. Von der sicheren Ankunft der MigrantInnen hängt somit oft das weitere Wohlergehen der ganzen Familie ab.

Um eine Geldsendung empfangen zu können, wird ein Ausweis benötigt. Viele der MigrantInnen haben keine Papiere dabei. Einige geben bei Kontrollen des INM an, dass sie aus Guatemala kommen, um im Falle einer Abschiebung nicht bis in ihr weiter entfernt liegendes Heimatland abgeschoben zu werden. Dies ist der am häufigsten genannte Grund dafür, keine Papiere bei sich zu tragen. Der erneute Versuch der Reise wird für die MigrantInnen somit nicht unnötig erschwert. Im Todesfall werden die Körper jedoch oft nicht identifiziert und die Menschen als Namenlose bestattet. Angehörige haben es dann schwer, ihre vermissten Verwandten wieder zu finden. Und auch die Konsulate der Herkunftsländer haben keine leichte Aufgabe zu erfüllen, wenn sie nach Verschollenen suchen.

Fazit

Die Vorstellung, sich auf das eigene Recht zu berufen, kennen die meisten der MigrantInnen nicht. Sie haben kein Vertrauen in das Rechtssystem ihres Herkunftslandes und ebenso wenig in das Mexikos. Viele wissen nicht, dass ihnen der Rechtsweg bei Rechts- und Menschenrechtsverletzungen durch Angehörige der mexikanischen Behörden zumindest theoretisch offen steht. Ihr Ziel ist ein anderes: Sie möchten die USA erreichen, um zu arbeiten und ihre Familien daheim zu unterstützen. Einen Prozess vor Gericht zu führen würde sie über Monate an einen Ort fesseln und wahrscheinlich würden sie hinterher abgeschoben werden.

Die MigrantInnen sind, wie nur wenige andere Menschengruppen, Opfer der schlimmsten Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen. Ihnen fehlt eine uneingeschränkte Bewegungsfreiheit. Ihr Weg ist von ökonomischer und physischer Ausbeutung, Leid, Demütigungen, Drohungen, Erniedrigungen, Diskriminierung und Marginalisierung geprägt. Über diese Zustände zu informieren, gehört zur fundamentalen Arbeit aller, die die Mauer des Schweigens brechen wollen; ihre Rechte einzufordern, zu einer der schwierigsten Aufgaben von MenschenrechtsverteidigerInnen.

Weiterführende und verwendete Literatur

Ángel Castillo, Manuel: La política de inmigración en México: un breve recuento in Ángel Castillo, Manuel; Lattes, Alfredo und Santibáñez, Jorge: Migración y Fronteras El Colegio de la Frontera Norte 2004 Tijuana.

Ruiz, Olivia: Los riesgos de migrar: La migración centroamericana en la frontera México-Guatemala in Santibáñez, Jorge und Ángel, Castillo: Nuevas tendencias y nuevos desafíos de la migración internacional El Colegio de la Frontera Norte 2004 Tijuana.

Sin Fronteras: México y su Frontera Sur Sin Fronteras I.A.P. 2005 Mexiko-Stadt.

Victal Adame, Óscar: Derecho Migratorio Mexicano Universidad Anáhuac del Sur 2004 Mexiko-Stadt.

Villafuerte Solís, Daniel: La Frontera Sur de México, Del TLC México-Centroamérica al Plan Puebla Panamá Universidad Nacional Autónoma de México 2004 Mexiko-Stadt.

Links zum Weiterlesen

CIMAC, De la Luz Tesoro, María: Frecuente, la violación de mujeres migrantes en la frontera sur <http://www.cimacnoticias.com/site/07052302-Frecuente-la-viola.17718.0.html>, 29.11.2008.

Sin Fronteras – mexikanische NRO, die sich für die Rechte von MigrantInnen in Mexiko und den USA einsetzt: www.sinfronteras.org.mx

Instituto Nacional de Migración: www.inm.gob.mx

Albergue Jesús el Buen Pastor del Pobre y el Migrante A.C. (Herberge für Arme und verwundete MigrantInnen in Tapachula/Mexiko): www.alberguebuenpastor.com.mx

Netzwerk von Casas del Migrante in Guatemala, Mexiko und den USA: www.migrante.com.mx

La Jornada (mex.Tageszeitung), speziell zum Thema Migration: <http://www.jornada.unam.mx/migracion/>

Auf der Internetseite des Centro de Investigaciones Económicas y Políticas de Acción Comunitaria (CIEPAC) finden einige Artikel zum Thema zentralamerikanischer MigrantInnen in Mexiko: www.ciepac.org

Das Historische Polizeiarchiv in Guatemala

Am 13. September 2008 trafen Kirstin Büttner und Jorun Poettering (CASA- und Guatemala-Kogruppe), den guatemalteckischen Menschenrechtsombudsmann Sergio Morales sowie den Direktor des Historischen Polizeiarchivs Gustavo Meoño im Büro von *Amnesty International* in Berlin. Die beiden waren auf Einladung von Wolfgang Thierse, dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundes-

destages, für eine Woche nach Deutschland gekommen, um mit Vertretern unterschiedlicher Regierungsorganen, Nichtregierungsorganisationen und wissenschaftlicher Einrichtungen zu sprechen. Ziel war, die Arbeit des Historischen Polizeiarchivs in Guatemala vorzustellen und Erfahrungen mit der Bundesbehörde für die Unterlagen der Stasi (Birthler-Behörde) auszutauschen.



Gruppentreffen im AI-Büro (v.l.n.r.): Gustavo Meoño, María del Socorro Quezada Fernández (Assistentin), Jorun Poettering, Sergio Morales, Ferdinand Muggenthaler (Fachreferent für die Amerikas im Generalsekretariat AI-Deutschland) und Dunia Tobar de Leal (Procuradora Adjunta y Directora Nacional) (Foto: Kirstin Büttner)

Bei dem Historischen Polizeiarchiv handelt es sich um eine Einrichtung mit einmaliger Bedeutung für die Aufarbeitung der historischen Vergangenheit in Lateinamerika, wenn nicht sogar weltweit. Die Geschichte seiner Entdeckung begann im Juli 2005, als in Guatemala-Stadt ein altes Munitionsdepot explodierte. Besorgte Anwohner machten die Behörden auf ein weiteres Gebäude der inzwischen aufgelösten Nationalpolizei aufmerksam. Sie hatten den Verdacht, dass dort ebenfalls Munition lagerte. Ein Team des Menschenrechtsombudsmannes drang in das

Haus ein und entdeckte zu seiner Überraschung ein riesiges Dokumenten-Depot.

Die Papiere lagen in mehreren dunklen Räumen, überall liefen Ratten, Käfer und Kakerlaken herum. Viele Papierstapel waren durchnässt vom Regenwasser, das durch das undichte Dach und beschädigte Fenster eingedrungen war. Bald stellte sich heraus, dass diese mehrere Millionen Dokumente das historische Archiv von Guatemalas Nationalpolizei bildeten. Sie war aufgelöst worden und durch die Nationale Zivilpolizei ersetzt worden, nachdem 1996 die Friedens-

verträge in Guatemala geschlossen worden waren. Das Archiv enthält Papiere, Bücher, Fotografien und Disketten. Die Unterlagen enthalten unter anderem Informationen über die Polizeivorgänge während des 36 Jahre währenden internen bewaffneten Konfliktes, in dem es rund 200.000 Tote und Verschwundene gab. Viele der Familien der schätzungsweise 45.000 verschwundenen Menschen fanden nie heraus, was mit ihren Angehörigen passierte. Während des Friedensprozesses hatten die Guatemaltekischen Polizeibehörden bestritten, dass entsprechende Akten existierten.



Gemäß seines Verfassungsmandats zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen leitete das Büro des Menschenrechtsombudsmannes legale Schritte ein, um die Öffentlichkeit an den Informationen, die in dem Archiv lagern, teilhaben zu lassen und die Dokumente als Teil der Historischen Erinnerung des Landes zu konservieren.

Kurz nach der Entdeckung wurden 30 weitere Archive der früheren Nationalpolizei in anderen Regionen des Landes gefunden. Sechs Millionen Dokumente wurden zusätzlich zu den dort vorhandenen Beständen in das

Hauptarchiv in Guatemala-Stadt transportiert. Insgesamt handelt es sich um schätzungsweise 8.000 Regalmeter Papierbündel. Hunderttausende Ausweise wurden außerhalb des Archivgebäudes in großen Papierhügeln gefunden. Damit ist das Polizeiarchiv das größte Dokumentenlager weltweit, das Menschenrechtsverteidigern je für Ermittlungen zur Verfügung stand.



Die Dokumente können helfen, kritische Lücken in den Zeugenberichten zu schließen, welche die Kommission für Historische Erinnerung während des Friedensprozesses in den 1990er Jahren sammelte. Insbesondere können sie möglicherweise den Familien von Verschwundenen helfen, das Schicksal ihrer Väter und Mütter, Söhne und Töchter, Ehegatten und Geschwister aufzuklären.

Das umfangreiche Material musste von einem relativ kleinen Team möglichst effizient konserviert, katalogisiert und ausgewertet werden. Die internationale Gemeinschaft, vor allem Schweden, die Niederlande, die Schweiz und Spanien, unterstützen das Projekt mit finanziellen Mitteln und wissenschaftlicher Expertise. Zu den ersten Aufgaben zählte die Verhinderung des weiteren Verfalls der wertvollen Dokumente. Massenweise Papier war feucht geworden und durch die langen Jahre der Vernachlässigung bis zur Unkenntlichkeit zerstört. Die Dokumente wurden gesäubert und stabilisiert, fotografiert, gescannt und kopiert, klassifiziert, organisiert und abgespeichert. Die technische Ausrüstung ist mehr als eine halbe Million Dollar wert. Wegen der unsicheren Zukunft des Projektes sollten digitale Bilder von so vielen Dokumenten wie möglich angefertigt werden. Das Scann-Team arbeitet 16 Stunden am

Tag in zwei achtstündigen Schichten, fünf Tage die Woche von 7 Uhr früh bis 20.30 Uhr am Abend. Das zuvor zerfallende Archiv wurde zu einem Ort lebendigster Aktivität, jeden Monat wurden eine halbe Million Dokumente eingescannt. Viele der Archivmitarbeiter kamen ursprünglich aus zivilgesellschaftlichen Gruppen. Einige der Unterstützer des Projekts haben selbst Familienmitglieder, die während des internen bewaffneten Konfliktes ermordet wurden oder verschwanden. Mit Laborkitteln und Staubmasken reihten sich die Archivmitarbeiter an langen Tischen auf und begannen die empfindlichen Papiere in aller Sorgfalt zu reinigen.

Aufgrund der Sicherheitsvorkehrungen müssen die Mitarbeiter, bevor sie am Morgen in das Archivgebäude eintreten können, durch stacheldrahtgeschützte Tore, an Gruppen bewaffneter Polizeibeamter mit scharfen Hunden vorbei. Metalltüren und Überwachungskameras wurden installiert, die Fenster vergittert. Sicherheitsdienste des Menschenrechtsombudsmannes schieben 24 Stunden am Tag Wache.

Archivare des guatemaltekischen Nationalarchivs, Experten aus Argentinien und eine US-basierte NGO mit dem Namen *National Security Archive* stellten ihre Hilfe zur Verfügung. Die nordamerikanische Non-Profit-Organisation Benetech übernahm die Entwicklung einer auf die Archivstruktur zugeschnittenen Datenbank, welche die effektive Analyse der enormen Datenfülle erlaubt.

Im April 2007 wurde der Menschenrechtsombudsmann Sergio Morales erneut ins Amt gewählt. Damit war die Zukunft des Projektes für die nächsten fünf Jahre gesichert. Im Juli 2008 unterzeichnete er eine Vereinbarung mit der Schweizer Regierung, demzufolge eine digitale Kopie des historischen Archivs vom Schweizerischen Bundesarchiv übernommen wird. Bislang wurden etwa 6,3 Millionen Dokumente digitalisiert. Es handelt sich um die Dokumente, die aus dem Zeitraum zwischen 1975 und 1985 stammen, in dem

die meisten Menschenrechtsverletzungen während des internen bewaffneten Konflikts verübt wurden. Dies entspricht etwa 10% des Gesamtbestandes des Archivs. Mit der Aufbewahrung in der Schweiz soll nicht nur ihre Sicherheit, sondern auch der ungehinderte Zugang zu ihnen gewährleistet werden.



Im März 2009 wird ein erster Bericht mit den Ergebnissen der Archivarbeit erscheinen. Darin wird die Politik und Entwicklung der Polizeistrukturen beschrieben. Er wird statistische wie auch qualitative Informationen zu einzelnen Fällen enthalten. Der Menschenrechtsombudsmann kündigte während unseres Gesprächs in Berlin an, dass dieser Bericht von großer politischer Bedeutung sein wird und einige äußerst brisante Informationen enthalten wird. Wir hoffen, dass Forscher von *amnesty international* bei der Veröffentlichung des Berichts anwesend sein werden und ihm zu einer angemessenen internationalen Wahrnehmung verhelfen. Das Archiv stellt einen unschätzbaren Wert für die Bekämpfung der Straflosigkeit in Guatemala dar.

Jorun Poettering

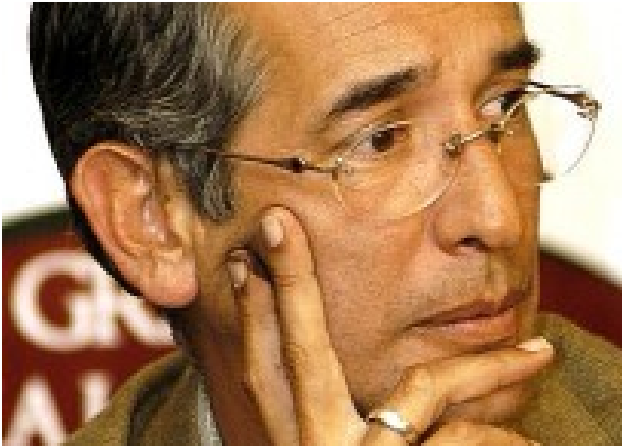
Quellen:

Ann Harrison, Guatemalan National Police Archive Project. An Astonishing Discovery, www.hrdag.org/about/guatemala-police_arch_project.shtml, 2007. Fotos: Tamy Guberek und Ann Harrison.

Guatemalas Präsident muss handeln, um eine Krise zu vermeiden

Presseerklärung von Amnesty International über das erste Jahr der Regierung Colom, 12. Januar 2009

Ein Jahr nach dem Amtsantritt von Álvaro Colom¹ muss noch mehr getan werden, um auf der Grundlage der viel versprechenden Ankündigungen des Präsidenten die Menschenrechtslage in Guatemala zu verbessern.



Guatemalas Präsident Álvaro Colom

„Unsere Bilanz der ersten 12 Monate der Amtszeit von Präsident Colom fällt zwiespältig aus“, so Kerrie Howard, stellvertretende Leiterin des Amerika-Programms von Amnesty International. „Es hat positive Schritte gegeben. Dazu zählt etwa das Versprechen, Dokumente des Militärs freizugeben. Andererseits aber ist die guatemaltekeische Justiz weiterhin nicht in der Lage, Recht zu sprechen“.

„Derzeit sind Millionen guatemaltekeischer Bürger von Gewalt und Armut bedroht. Die Regierung muss dringend konkrete Maßnahmen ergreifen, um die Situation dieser Menschen zu verbessern.“

Positiv zu bewerten ist laut Amnesty International die Zusammenarbeit der Regierung Colom mit der Internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala. Begrüßt wird außerdem die Anordnung, Militärarchive zu öffnen, die Aufschluss über die während des bewaffneten Konfliktes begangenen Menschenrechtsverbrechen geben könnten. Die Organisation weist allerdings gleichzeitig darauf hin, dass die Lage der Men-

schenrechte in Guatemala weiterhin sehr ernst ist. Um eine Krise zu vermeiden, müssten folgende Probleme ganz oben auf die politische Agenda gesetzt werden:

- Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen

Laut offizieller Daten, die über die Medien verbreitet wurden, hat die Zahl der Frauenmorde in Guatemala im Jahr 2008 zugenommen. Häufig wiesen die Leichen Zeichen von Folter und Vergewaltigung auf. Die Verbrechen werden in der Regel nicht systematisch untersucht; Ermittlungen bleiben lücken- und fehlerhaft.



Lokalzeitung mit Fotos von Frauen, die in den letzten Jahren in Guatemala ermordet worden sind, 2005 (© Amnesty)

- Öffentliche Sicherheit

Nach Angaben der Polizei, die in der Presse zitiert wurden, hat die Zahl der Mordfälle in Guatemala 2008 weiter zugenommen. Es gibt Hinweise darauf, dass Personal der Sicherheitskräfte an diesen Verbrechen beteiligt sein könnte.

- Gerechtigkeit und Straflosigkeit

Die Staatsanwaltschaft wird ihrem Auftrag nicht gerecht: Etwa 98 Prozent der Verbrechen bleiben straffrei. Auch stellt der Missbrauch des Berufungssystems weiterhin ein ernstzunehmendes Problem dar. In vielen Fällen werden Gerichtsverfahren auf diese Weise paralyisiert.

- Armut

Im Jahr 2008 kam es in ländlichen Gemeinden weiterhin zu gewaltsamen Vertreibungen. Betroffen war in erster Linie die indigene Bevölkerung. Die Vertreibungen haben Tausende Menschen noch tiefer in die Armut gestürzt.

¹ Siehe URL: www.amnesty.org/en/news-and-updates/news/guatemalas-president-must-act-avert-crisis-20090112 (Stand: 24.1.2009).
Ferner: www.amnesty.org/en/news-and-updates/news/still-justice-guatemala-massacre-victims-after-26-years-20081205 (Stand: 24.1.2009). - Zum Stand der Aufklärung des Massakers von „Dos Erres“ siehe auch *Still no justice for Guatemala massacre victims after 26 years* (5.12.1008),

- MenschenrechtsverteidigerInnen

Menschenrechtsaktivisten wurden auch 2008 Opfer von Übergriffen und Einschüchterungsversuchen. Nach Informationen örtlicher Nichtregierungsorganisationen hat die Zahl der Übergriffe zugenommen.

- Gesetzentwurf über das gewaltsame „Verschwindenlassen“

Ein positives Votum des Kongresses steht weiterhin aus. Die Gesetzesinitiative sieht die Einrichtung einer Kommission vor, um das Schicksal der Menschen aufzuklären, die während des bewaffneten Konfliktes in Guatemala „verschwunden“ sind. Ihre Zahl wird auf 45.000 geschätzt.

- Menschenrechtsverbrechen der Vergangenheit

Im Jahr 1999 dokumentierte der Bericht der „Kommission für Historische Aufklärung“ (*Comisión de Esclarecimiento Histórico* – CEH) 669 Massaker. Bis heute aber haben die guatemaltekischen Gerichte nur in fünf dieser Fälle die Schuldigen verurteilt. Militärarchive, die aller Voraussicht nach wichtige Informationen über die Verbrechen der Vergangenheit enthalten, sind nach wie vor nicht öffentlich zugänglich.

(Übersetzung: Ruth Fuchs)

Gefängnisse in Honduras

Menschenrechtsverletzungen im "5-Sterne-Hotel"

Von Peter Peetz¹

Am 5. September 2008 erklärte ein honduranisches Gericht 22 Personen, darunter Polizisten, Gefängnispersonal und Häftlinge, im Falle des Brandes in der Haftanstalt "*Granja Penal de El Porvenir*" für schuldig. Bei dem gemeinhin als Massaker der Sicherheitskräfte an den größtenteils der Jugendbande "*Mara 18*" (M18) angehörigen Gefängnisinsassen bezeichneten Ereignis waren am 5. April 2003 69 Menschen ums Leben gekommen. Die Verurteilten erhielten Haftstrafen zwischen drei und 1.035 Jahren, die meisten von über 900 Jahren. Was die Menschenrechtssituation in den honduranischen Gefängnissen betrifft, stellen der genannte und ein weiterer Gefängnisbrand, bei dem 2004 in einer Haftanstalt bei San Pedro Sula 104 *mareros* umgekommen waren, jedoch nur die in der internationalen Öffentlichkeit wahrgenommene Spitze eines Eisbergs dar. Mitarbeiter des Büros des Menschenrechtsombudsmanns (*Comisionado Nacional de los Derechos Humanos*, CONADEH) berichteten Ende 2008 in einem Interview folgende Beobachtungen aus Honduras' größtem Gefängnis, der "*Penitenciaría Nacional Marco Aurelio Soto*" nahe der Hauptstadt Tegucigalpa:

Maras

Mit *Mara* bezeichnet man vor allem in El Salvador, Guatemala und Honduras kriminelle Jugendbanden (syn. *Pandilla Juvenil*) bzw. Bandenvereinigungen die in verschiedenen Ländern Mittelamerikas, aber auch in den USA aktiv sind. Sie sind meist straff organisiert und weisen oft Mafia-ähnliche Strukturen auf. Sie kontrollieren zumeist weite städtische und ländliche Bereiche und sind teilweise auch übergreifend in mehreren Ländern Mittelamerikas und ebenso in den Vereinigten Staaten aktiv. Das Wort *Mara*, mit dem sich die Gangs selbst bezeichnen und das in Zentralamerika mittlerweile in den alltäglichen Sprachgebrauch – ja sogar in Gesetzestexte – Eingang gefunden hat, ist möglicherweise eine Kurzform von *Marabuntas*. Dies sei der Name einer in der Amazonasregion vorkommenden Ameisenart, die massenhaft in ein Gebiet einfällt und erbarmungslos alles zerstört, so die gängigste der Entstehungsmethoden der Maras und eine entsprechende Theorie über die Wortherkunft.

[[http://de.wikipedia.org/wiki/Mara_\(Jugendbande\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Mara_(Jugendbande))]

Vgl. die Filmkritik zu *La Vida Loca* auf S. 20.

Die *Penitenciaría Nacional* ist für 1.200 Insassen gebaut worden und beherbergt mittlerweile mehr als doppelt so viele. Sie besteht hauptsächlich aus mehreren Großzellen, in denen teilweise weit über 100 Gefangene einsitzen. Die Zellen sind strikt nach *mara*-Zugehörigkeit (bzw. Nicht-Zugehörigkeit) getrennt: Mitglieder der M18 dürfen unter keinen Umständen mit denen der verfeindeten *Mara Salvatrucha* (MS) zusammentreffen, da gewaltsame Auseinandersetzungen sonst vorprogrammiert wären. Die aus einer *mara* ausgetretenen Häftlinge

¹ Peter Peetz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA German Institute of Global and Area Studies in Hamburg (<http://staff.giga-hamburg.de/peetz>). Der Text basiert hauptsächlich auf einem Interview, das er am 30. Oktober 2008 in Tegucigalpa mit zwei Mitarbeitern des honduranischen Menschenrechtsombudsmanns (*Comisionado Nacional de los Derechos Humanos*, CONADEH) geführt hat.

können sich erst recht nicht in einer Zelle zusammen mit aktiven *mareros* aufhalten, da sie wegen des Lossagens von der *mara* als Verräter gelten und Racheakte fürchten müssen. Die vierte Häftlingskategorie wiederum, diejenigen, die nie zu einer *mara* gehört haben, muss ebenfalls separat von den anderen untergebracht sein. Andernfalls wären diese Inhaftierten den – oft mit Erpressung und Gewalt verbundenen – Rekrutierungsversuchen der *maras* ausgesetzt.

Innerhalb der Zellen überlässt das Gefängnispersonal die Insassen vollkommen sich selber bzw. den Hierarchien und ungeschriebenen, auf Gewaltandrohung und -ausübung beruhenden Gesetzen, die dort gelten. Allein im Jahr 2007 kamen in der *Penitenciaría Nacional* 32 Gefangene gewaltsam ums Leben, 2006 waren es 35. Jeden Morgen und jeden Abend wird durch die Gitterstäbe hindurch "kontrolliert", ob noch alle Häftlinge anwesend sind. Ein Wächter ruft die Namen auf, und wenn ihm aus der Zelle ein "*presente*" ("anwesend") zurückschallt, hakt er den Namen auf der Liste ab. Bei einer der seltenen Zellenrazzien, die nur von einem Großaufgebot schwer bewaffneter Sicherheitskräfte durchgeführt werden können, fand man im Januar 2008 die Leichen von zwei Gefangenen. Mithäftlinge hatten sie vermutlich schon Monate zuvor getötet. Das tägliche "*presente*" war in der Zwischenzeit offensichtlich aus anderem Mund gekommen.

Katastrophale Zustände herrschen auch, was die Gesundheitsversorgung in den Gefängnissen betrifft, so die CONADEH-Mitarbeiter weiter. Damit sich die Mitglieder der beiden *maras* bzw. *mareros* und nicht-*mareros* nicht beim Anstaltsarzt über den Weg laufen, wurde jeder Häftlingskategorie ein unterschiedlicher Wochentag für den Arztbesuch zugeteilt. Wer montags an der Reihe ist, aber an einem Dienstag krank wird, muss entsprechend warten. Vor allem aus den Zellen der M18- und MS-Mitglieder kommt allerdings längst nicht jeder zum Arzt, der es möchte. Unter den Gefangenen herrscht eine klare Rangordnung. Wenn die *mara*-Chefs (die übrigens auch vom Gefängnispersonal als "*coordinadores*" aner-

kannt sind) z.B. vermuten, ein Arztbesuch könnte dazu genutzt werden, der Anstaltsleitung die Bereitschaft zum Austritt aus der *mara* mitzuteilen, erlauben sie dem Mithäftling nicht, die Zelle zu verlassen, und verhindern so den Arztbesuch.

Ein anderes Problem, von dem die Menschenrechtler berichten, hat mit einem im März 2007 in Kraft getretenen Gesetz zu tun (*Ley Especial para Personas Privadas de Libertad con Enfermedades en Fase Terminal y Enfermedades Degenerativas del Sistema Nervioso*). Es ermöglicht Gefängnisinsassen, die an einer unheilbaren, tödlichen Krankheit in fortgeschrittenem Stadium leiden, aus der Haft entlassen zu werden. Was der Gesetzgeber wohl nicht bedacht hat: Die neue Regelung hat dazu geführt, dass sich einige zu lebens- oder jahrzehntelanger Haft Verurteilte absichtlich mit HIV infizierten. Statt für immer im Gefängnis lebendig begraben zu sein, bevorzugten sie die Aussicht auf wenigstens ein paar letzte Lebensjahre in Freiheit. Wer sich dann Zugang zur entsprechenden Medikation verschaffen könne, habe gute Chancen auf eine deutliche Verbesserung seines Zustandes, selbst wenn seine Krankheit zum Zeitpunkt des Gefängnisaufenthalts schon als "im Endstadium" ("*en fase terminal*") diagnostiziert worden war.

Die Menschenrechtssituation in den Haftanstalten lässt die meisten honduranischen Politiker, wie zum Beispiel Óscar Álvarez, kalt. Álvarez war Sicherheitsminister unter Ex-Präsident Ricardo Maduro (2002-2006) und wird es möglicherweise wieder werden. Der Präsidentschaftskandidat der derzeitigen Oppositionspartei PN (*Partido Nacional*), Porfirio ("Pepe") Lobo, hat ihn im Falle eines Sieges bei den für November 2009 vorgesehenen Wahlen erneut für das Ministeramt vorgesehen. Am 4. Oktober 2008 plädierte Álvarez in einem Fernsehinterview für eine Verschärfung der Haftbedingungen in den honduranischen Gefängnissen. Die Gefangenen lebten in den Haftanstalten derzeit "wie in 5-Sterne-Hotels", so Álvarez wörtlich.

Nicaragua:

Machtmissbrauch und Wohltaten – Eine Revolution wird recycelt



Foto: Kistin Büttner

Von Andrés Schmidt¹

Das zweite Jahr der neo-sandinistischen Regierung Ortega brachte eine verstärkte Polarisierung der nicaraguanischen Gesellschaft in FSLN-AnhängerInnen und -GegnerInnen mit sich. Dies hat seine Ursache in den deutlichen Verbesserungen für die Armutsbevölkerung einerseits und einer immer skrupelloseren Machtpolitik der FSLN andererseits. Die Zunahme von staatlicher Willkür und Repression stellt die sozialen Bewegungen Nicaraguas und auch die Solidaritätsgruppen hierzulande vor neue Herausforderungen.

Hilfe aus Venezuela: Ökonomische Möglichkeiten dank unsauberer Methoden

Dass die Regierung Ortega überhaupt wirtschaftlich und politisch handlungsfähig ist, verdankt sie entscheidend der großzügigen Unterstützung aus Venezuela. Die Mittel werden über

die halbstaatliche Öl-Importgesellschaft ALBANISA geleitet, deren Vorsitzender der FSLN-Schatzmeister Francisco López ist. Bis zum Mai 2008 sind dadurch laut offiziellen Angaben 520 Mio. US-Dollar an Mitteln freigeworden, was etwa der Hälfte des Staatshaushaltes entspricht. Die Regierung verwaltet diese Mittel außerhalb des offiziellen Budgets, ohne Kontrollmöglichkeit für das Parlament. Dass dabei Schulden auflaufen, die der nicaraguanische Staat zu tragen hat, wird von der Opposition bisher erfolglos kritisiert.

Dank dieses vergleichsweise großen Gestaltungsspielraums hat sich in Nicaragua einiges getan, wozu die neoliberalen Vorgänger-Regierungen offensichtlich weder willens noch ökonomisch in der Lage waren. Diese Verbesserungen werden in der hiesigen Berichterstattung unterbewertet, so der Eindruck der Brigade-Gruppe des Ökumenischen Büros, die Nicaragua im August des Jahres bereiste.

Zuvorderst ist der Ortega-Regierung die Beendigung der ca. 1½-jährigen Energiekrise anzurechnen, die durch die Lieferung von Erdöl und Turbinen aus Venezuela bewältigt werden konnte. Die Stromausfälle von bis zu 12 Stun-

¹ Andrés Schmidt ist Mitarbeiter des Ökumenischen Büros für Frieden und Gerechtigkeit e. V. in München. Der Beitrag wurde im Dezember 2008 abgeschlossen. – Unser Gruppenmitglied Kirstin Büttner reiste im August 2008 nach Nicaragua und hat die letzte Solidaritätsbrigade des Ökumenischen Büros filmisch dokumentiert.

den täglich, welche Wirtschaft und Alltagsleben lahm legten, gehören nun der Vergangenheit an. Weitere existenzielle Verbesserungen bestehen in der Priorisierung von Gesundheit und Bildung, zwei Anliegen, die in den vom Internationalen Währungsfonds diktierten Staatshaushalten der vergangenen Jahre systematisch vernachlässigt wurden:

Die Gesundheitspolitik der FSLN besteht nicht nur in erhöhtem Mitteleinsatz für diesen Bereich, sondern auch in einem „aufsuchenden“ Ansatz, der die Einbeziehung von Bevölkerung und bestehenden zivilgesellschaftlichen Organisationen für Prävention und Aufklärung zum Inhalt hat.

Im Bildungsbereich war die Abschaffung jeder Art von Schulgeld und die Aufhebung der Uniformpflicht eine der ersten Maßnahmen der Regierung, die sich bereits in einem deutlichen Anstieg der Schülerzahlen äußert. Auch die Alphabetisierungskampagne für Erwachsene ist eine Maßnahme, die an die Politik der FSLN zu Zeiten der Revolution Anfang der 1980er Jahre erinnert.

Maßnahmen dieser Art kommen der gesamten Bevölkerung zugute, besonders aber den Armen, die sich private Gesundheits- und Bildungsversorgung, wie sie sich in den Jahren des Neoliberalismus herausgebildet hatte, nicht leisten können.

Andere Vorstöße der Regierung sind ambivalenter und kritischer zu betrachten. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Landwirtschaftspolitik, und auch hier ist die angestrebte Förderung der Kleinbauern ein begrüßenswerter Schritt gegenüber der einseitigen Ausrichtung auf Großproduktion und Weltmarktintegration der vergangenen Jahre. Faustino Torres von der weltweit tätigen Kleinbauernorganisation Vía Campesina bestätigt, dass die Regierung sich verstärkt um die Förderung von Produktions- und Vermarktungskoooperativen kümmere. Venezolanischer Kunstdünger wird landesweit stark verbilligt an KleinbäuerInnen verkauft. Ein weiterer Fortschritt sei die Initiative zur Vergabe von Landtiteln bei unklaren Besitzverhältnissen, die ein verbreitetes Problem in Nicaragua darstellen. Als weiteren Fortschritt benennt er die (Wieder-)Einrichtung des staatlichen An- und Verkauf-Systems für Grundnahrungsmittel E-NABAS, das die Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Grundnahrungsmitteln zu garantierten Preisen sichert. Verbreitet auf Kritik stößt das kostenaufwändige und entspre-

chend vollmundig angekündigte Armutsbekämpfungsprogramm *Hambre Cero* („Null Hunger“). Die im Wesentlichen aus Nutztieren und Baumaterialien bestehenden Hilfspakete zielen darauf, die kleinbäuerliche Produktion und regionale Wirtschaft in Gang zu bringen. Die Leistung, die mit einem Wert von 1.500 Dollar etwa zwei Jahresverdiensten eines Landarbeiters entspricht, wird landesweit an 75.000 Familien ausgegeben, eine Zahl, die etwa ein Zehntel der als arm eingestuften Haushalte ausmacht. Der Effekt ist also eine unverhältnismäßige Privilegierung Einzelner statt einer durchdachten und flächendeckenden Förderung der landwirtschaftlichen Produktion. Zudem gelangen die Ärmsten der Armen nie in den Genuss der Leistung: Sinnvollerweise ist der Besitz von 1½ ha Land Voraussetzung für die Zuweisung der Nutztiere. Landlose gehen also leer aus. Bauern in der Region Matagalpa äußerten, es fehle an einer Kreditversorgung für landwirtschaftliche Kleinbetriebe und an einer umfassenden Landreform.

Andere staatliche Programme, wie *Casas para el Pueblo* (Wohnungsbau), *Calles para el Pueblo* (Straßenbau in Siedlungen) und *Usura Cero* („Null Wucher“ – Kleinkredite), lassen hingegen Zweifel aufkommen, ob sie dem Ziel allgemeiner Entwicklung und sozialem Ausgleich dienen oder ob sie bereits als gezielte Belohnungen für die Parteitreuse Einzelner angelegt sind.

All diese Aktivitäten werden begleitet von einer bisher ungekannten Propaganda-Offensive, die sich klassischer linker Slogans und christlicher Motive bedient. Im Juni verglich die Präsidentengattin Rosario Murillo das Handeln des Präsidenten mit dem von Jesus, und die Jungfrau Maria wird für die Parteiwerbung ebenso eingespannt wie Kardinal Obando y Bravo. Nicht alle folgen dem Präsidentenpaar in seiner Euphorie.

Kritische NGOs im Fadenkreuz einer parteitreuen Staatsanwaltschaft

Bereits zu Beginn der Amtszeit von Ortega führte das im Einklang mit den rechten Parlamentsfraktionen erlassene generelle Abtreibungsverbot zu vehementen nationalen und internationalen Protesten.

Die Frauenbewegung, eine der stärksten von der FSLN unabhängigen sozialen Bewegungen des Landes, lässt seitdem nicht locker. So wurden Ortegas Auftritte auf der internationalen Bühne immer wieder von Protesten der örtli-

chen Frauenorganisationen begleitet, was diesen Ende August 2008 sogar dazu brachte, seine Teilnahme an der Amtseinführung des paraguayischen Präsidenten Lugo unter einem Vorwand abzusagen. Darauf folgte eine Welle von Ermittlungen der Generalstaatsanwaltschaft gegen 17 im Land ansässige NGOs, in ihrer Mehrzahl Frauenorganisationen, die der „Geldwäsche“ bezichtigt wurden. Sofia Montenegro vom Zentrum für Kommunikationsforschung CINCO bewertet den Vorstoß der Regierung als einen Vergeltungsakt Ortegas, weil die Frauenbewegung nicht mit Kritik am Abtreibungsverbot gespart habe und weiterhin den Vorwurf des Missbrauchs seiner Stieftochter Zoilamérica Narváez gegen ihn richte. „Zudem geht es ihm darum, die Opposition beschäftigt zu halten, denn er strebt eine Verfassungsänderung an, die ihm eine dritte Amtsperiode ermöglicht.“

Das Ökumenische Büro unterstützte die angeklagten NGOs mit einer Protestbriefaktion. Kurz vor den Kommunalwahlen Anfang November kam es dann zu einer überraschenden Kehrtwende. Die Regierung lud eine Reihe von NGOs, darunter auch die kriminalisierten, zu einem Runden Tisch ein, versprach die Aufhebung der Ermittlungen und bot eine politische Zusammenarbeit an. Sergio Sáenz vom *Movimiento Comunal de Matagalpa* führt diesen Rückzug auf die unerwartet starken internationalen Proteste, u.a. durch die Vertretung der EU, zurück.

Das Sendungsbewusstsein der FSLN führt zum Abschied von der Demokratie und einer Welle von Gewalt

Dass der FSLN die Werte Demokratie und Verfassungstreue nicht mehr besonders wichtig sind, war bereits vor dem Amtsantritt Ortegas kein Geheimnis. So kann es auch wenig verwundern, wenn sie sich heute als die einzige rechtmäßige Vertretung des „geeinten“ Nicaragua versteht und die Macht in allen gesellschaftlichen Bereichen an sich reißt. Violeta Delgado von der Frauenorganisation MAM: „Wir bekommen hier so etwas wie die PRI in Mexiko“, d.h. eine Parteidiktatur mit linker Rhetorik. Dieser Prozess ging besonders gegen Ende des Jahres in atemberaubender Geschwindigkeit vonstatten. Einen ersten Höhepunkt der Empörung hatte Nicaragua im Mai erlebt, als der von FSLN und der liberalen PLC kontrollierte Oberste Wahlrat CSE die beiden Parteien PC und MRS unter fadenscheinigen Begrün-

dungen die Zulassung zur Kommunalwahl im November entzog. Der politische Hintergrund der Maßnahme war offensichtlich; die Folge waren breite nationale und internationale Proteste. In Managua gab es Massenmobilisierungen von bis zu 50.000 Personen, eine Zahl, die bisher nur die FSLN selbst hatte erreichen können. Dora María Téllez, eine ehemalige Guerillera und Führungsfigur der sandinistischen Erneuerungspartei MRS trat in einen viel beachteten Hungerstreik. Das Ökumenische Büro rief gemeinsam mit dem Informationsbüro Nicaragua zu einem Offenen Brief an den Wahlrat auf, der im September in der Tageszeitung *El Nuevo Diario* veröffentlicht wurde. Der Protest blieb jedoch wirkungslos: Eine Klage gegen den CSE vor dem Obersten Gerichtshof wurde von diesem bis über die Kommunalwahl hinaus verschleppt. PLC und FSLN hatten sich zweier missliebiger Konkurrenten erfolgreich entledigt.

Wichtiger als die institutionellen Gewalten von Wahlrat und Justiz aber ist in Nicaragua die Macht auf der Straße. Und auch hier hat sich in den Monaten vor der Wahl einiges verändert: Dafür sorgten die so genannten Räte der Bürgermacht (CPC). Diese waren von Ortega und Murillo als parteiunabhängige lokale Gremien zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung ins Leben gerufen worden („*El Pueblo Presidente*“). Heute gelten sie vielerorts als ein weiteres Machtinstrument in den Händen der FSLN. William Grigsby, Journalist beim kritisch-FSLN-nahen Radiosender *La Primerísima*: „Es gibt auch Fälle wie den einer Gemeinde im Departement Jinotega, wo der CPC von Liberalen dominiert wird, aber sie bilden eindeutig die Ausnahme.“

Die CPC verwalten anstelle der BürgermeisterInnen die Vergabe der staatlichen Sozialprogramme, sind aber vielerorts auch zu tatkräftiger Unterstützung der FSLN bereit: Während der juristischen Verfolgung der NGOs empfangen sie deren VertreterInnen vor dem Gerichtsgebäude mit Schmährufen und Faustschlägen. In den Monaten vor der Wahl standen sie auf den Kreisverkehren Managuas in Gebetsgruppen unter dem Motto „Die Liebe ist stärker als der Hass“. Ende August organisierten sie eine Protestaktion vor dem TV-Sender *Canal 2*, die zur Streichung eines oppositionellen Magazins aus dessen Programm führte. Die Durchführung einer von der MRS organisierten Demonstration in León im September 2008 verhinderten sie unter Einsatz von Macheten und Baseballschlägern. Wie die Tageszeitung *El*

Nuevo Diario berichtete, wurden für einige dieser „trabajitos“ (etwa: „kleine Aufträge“) Löhne von 150 Córdoba gezahlt – ein zwei- bis dreifacher Tagesverdienst.

Bei verschiedenen weiteren Fällen von politischer Gewalt sind die Täter unbekannt. Kritische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wurden persönlich bedroht und angegriffen, so auch Sofía Montenegro von CINCO und Vilma Núñez vom Menschenrechtszentrum CENIDH. Auch im letzteren Fall beteiligte sich das Ökubüro an einer internationalen Protestbriefaktion von Amnesty International.

Der Abschreckungseffekt dieser Vorfälle bleibt nicht aus: Ulla Allgeier, Aktivistin vom Netzwerk *Otro Mundo Posible*, erklärt: „Wer Kritik an Ortega hat, der muss sich heute überlegen, wem er die noch verraten kann.“

Mónica Baltodano von der Bewegung zur Rettung des Sandinismus (MPRS) warnt davor, die Entwicklung zu unterschätzen: „Wir können zwar noch nicht von einer Diktatur reden. Die Justiz und der Wahlrat sind zwar völlig abhängig von der FSLN, aber es gibt noch ein unabhängiges Militär und einigermaßen freie Medien. Eine Diktatur fällt jedoch auch nicht vom Himmel. Sie muss aufgebaut werden. Somoza hat in den 30er Jahren die Bevölkerung überzeugt, indem er eine fortschrittliche Arbeitsgesetzgebung und die Sozialversicherung einführte. Zur gewalttätigen Unterdrückung jedes Protestes, zu Folter und politischem Mord kam es erst später.“

Aus dieser Perspektive gesehen ist die Entwicklung innerhalb des Polizeiapparats von großer Bedeutung: Die amtierende nationale Polizeichefin Aminta Granera gilt als integer und politisch unabhängig. Die Ortega-Regierung bringt jedoch derzeit in der Führungsebene der Polizei eigene Vertraute unter, was zu einem Machtkampf innerhalb der Institution führt. Seit September blieben die Polizeikräfte bei vielen gewalttätigen Übergriffen von FSLN-AnhängerInnen und CPC untätig, obwohl sie sich in unmittelbarer Nähe befanden.

Der FSLN gelingt ein höchst umstrittener Kommunalwahl-Sieg

Zu ihrem vorläufigen Höhepunkt kamen die Auseinandersetzungen bei der Kommunalwahl Anfang November. Nach dem Ausschluss der Parteien PC und MRS erregte der Oberste Wahlrat ein weiteres Mal vehementen Protest, als er die Zulassung von nationalen und inter-

nationalen WahlbeobachterInnen verweigerte. Präsident Ortega rechtfertigte den Schritt: „Wir haben eine lange Erfahrung mit Wahlen, und welcher Wahlbeobachter könnte besser sein als der, der seine eigene Partei verteidigt?“ So wurden fast ausschließlich Wahlbeobachter der *pacto*-Parteien FSLN und PLC zugelassen. Die Wahl geriet bereits im Vorfeld für viele zur Farce. Der linke Flügel der ausgeschlossenen MRS rief zur Abgabe ungültiger Stimmzettel auf.

So endete die Wahl in einem haushohen Sieg der FSLN, bei dem sich auch die PLC übervorteilt fühlte. Uneindeutige Aussagen des Wahlrats CSE und eine lange Reihe bekannt gewordener Unregelmäßigkeiten legen den Verdacht eines gezielten Wahlbetrugs seitens der FSLN sehr nahe. Dies führte zu einer Welle von Straßenprotesten, die die FSLN und den Obersten Wahlrat unter Druck setzten und die Polizei an den Rand ihrer Kräfte brachten. Schließlich konnten die AnhängerInnen der FSLN die Auseinandersetzungen durch den Einsatz von Steinen und selbstgebaute Mörsern für sich entscheiden. Der unglaubliche Wahlsieg wurde durch die Macht auf der Straße nachträglich „legitimiert“, so dass nun in 107 von 146 Landkreisen und Städten FSLN-BürgermeisterInnen amtiert werden. Zuvor waren es 83. Zu der geforderten Neuauszählung der Stimmen kam es nicht.

Ein anderes Bild bietet sich in den ländlichen Gebieten des Nordens. Sergio Sáenz vom *Movimiento Comunal de Matagalpa*: „Im Departement Matagalpa hat die FSLN drei Landkreise hinzugewonnen und regiert jetzt in 11 von 15. Die Wahl ging hier weitgehend sauber und ohne Auseinandersetzungen vonstatten und wurde auch von der Opposition nicht in Frage gestellt. Das dürfte daran liegen, dass sich die Lebensbedingungen der Bauern doch spürbar verbessert haben.“

Tanz auf mehreren Hochzeiten: Ortegas Außenpolitik

Indessen verschärfen sich infolge des Wahldebakels die Sanktionen der nördlichen „Geberländer“, die über Entwicklungshilfe und Kredite Nicaragua zu einem beachtlichen Teil mit Devisen versorgen. Die USA haben ein großes Projekt auf Eis gelegt, Finnland ist ganz aus der Entwicklungshilfe für Nicaragua ausgestiegen. Es bleibt abzuwarten, wie viel Kompromissbereitschaft Ortega der Erhalt dieser Mittel wert ist. Dass infolge des sinkenden Ölpreises auch

die Finanzhilfe aus Venezuela ein wenig nachlässt, könnte ihm zu denken geben. Andererseits dürfte eine gewisse Zaghaftigkeit von EU und USA daher rühren, dass man den Einfluss in der Region nicht an Venezuela, China und Taiwan verlieren will.

Die EU bereitet derzeit ein Assoziierungsabkommen mit den zentralamerikanischen Ländern vor, mit dem sie sich den Zugang zu den Märkten und Ressourcen der Region sichern will. William Rodríguez vom globalisierungskritischen Netzwerk *Otro Mundo Posible*: „Der EU geht es nicht um die Verbesserung der Handelsbeziehungen, sondern um einen Schachzug im Kampf um globale Hegemonie, besonders in den Bereichen Dienstleistung und Patentierung von Pflanzenwirkstoffen.“

Für den Mai 2009 hat das Öku-Büro Rodríguez zu einer Info-Rundreise durch Deutschland im Rahmen der Kampagne gegen das Assoziierungsabkommen eingeladen.

Während es also in Managua und Umgebung ungemütlich wird, bleibt man bei unserer Partnerorganisation in Matagalpa gelassen. Douglas Morán, Promotor des *Movimiento Comunal* im Landkreis San Isidro: „Ziel unserer Bewegung ist die Verbesserung von Selbstorganisation und der Lebensbedingungen der Armen. Um glaubwürdig zu bleiben, ist es wichtig, dass wir selbst parteiunabhängig bleiben und nur mit denjenigen Politikern zusammen arbeiten, die glaubwürdig die Interessen der Leute vertreten. Egal, in welcher Partei sie sind. Unsere Idee ist,

dass wir selber so gut organisiert sind, dass die Politiker sich nach den Leuten richten und nicht die Leute den Politikern folgen.“

Und auch in Managua haben die oppositionellen Gruppen noch lange nicht aufgegeben. Sie geraten zwar unter Druck, wissen sich aber zu wehren. Die gute internationale Vernetzung der Frauenbewegung hat bereits zu beachtlichen Erfolgen geführt. Sofía Montenegro: „Die Gruppen der unabhängigen Solidaritätsbewegung in Europa sollte sich jetzt auf ihre politischen Prinzipien besinnen und die nicaraguanischen Organisationen bei der Verteidigung ihrer politischen Spielräume unterstützen.“

So fern es uns heute liegt, die Regierung Ortega zu unterstützen: Ihre Leistungen für die Bevölkerung gehen über die der neoliberalen Regierungen zuvor hinaus. Eine Solidaritätsarbeit, die die Verantwortung des Nordens für die Zustände im Süden beim Namen nennt, muss diese Tatsache ernst nehmen. Es waren die Regierungen der USA und Europas, die den Neoliberalismus in Nicaragua durchgesetzt haben, und die heute Ortega kritisieren. Nicht weil ihnen die Demokratie heilig wäre, sondern weil er sich ihrem Einfluss entzieht.

Kontakt:
Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.
Pariser Str. 13
81667 München
Tel: + 49 89 4485945 Fax: + 49 89 487673
E-Mail: info@oeku-buero.de
<http://www.oeku-buero.de>

Länderkurzbericht Panama 2009

Überblick

Panama genießt gegenwärtig im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern den Ruf politischer und wirtschaftlicher Stabilität. Das Land verzeichnet eine wachsende Tourismusindustrie, eine im Vergleich zu den anderen zentralamerikanischen Nachbarstaaten geringe Kriminalitätsrate und ist zudem von den verheerenden Auswirkungen der Wirbelstürme der letzten Jahre weitgehend verschont geblieben.

Nicht zuletzt aus diesen Gründen wird Panama seit dem Sturz des Militärregimes vor zehn Jahren von Menschenrechtsorganisationen oftmals unangemessen stiefmütterlich behandelt. Denn allen positiven Entwicklungen zum Trotz kommt es auch hier immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen. Schlechte Haftbedingungen, Druck auf Medienschaffende und Gewerkschafter, politische Einflussnahme auf das Justizsystem und Korruption sind wiederkehrende Themen im demokratischen Panama, ebenso wie die Gewalt gegen Frauen, Menschenhandel, Kinderarbeit und die Diskriminierung ethnischer Minderheiten.

Die geplante Trinkwasser-Privatisierung im Zuge neoliberaler Strukturanpassungsprogramme führt in weiten Teilen der Bevölkerung zu Besorgnis und Unruhe. Im Februar 2008 kam bei Zusammenstößen zwischen Polizei und Gewerkschaften in der Provinz Colón der 28-jährige Gewerkschaftsführer Airomi Smith Rentería ums Leben.

Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen

Die Wahrheitskommission hat der panamaischen Regierung Berichte über Menschenrechtsverletzungen vorgelegt, die unter der Militärregierung in den Jahren 1968-89 verübt worden sind. Diese sicherte eine individuelle Untersuchung der Fälle zu.

Im Fall der Untersuchung von 16-20 menschlichen Überresten, die 2004 auf der ehemaligen Gefängnisinsel Coiba gefunden wurden, gab es keinen Fortschritt. Der Wahrheitskommission fehlen nach wie vor die nötigen finanziellen Mittel, um DNA-Tests durchführen zu können. Der Fundort ist nach wie vor nicht von den Behörden abgesperrt worden.

Aufgrund bürokratischer Verzögerungen gibt es keinen Fortschritt in der Untersuchung des im

Staatsform – Bevölkerung – Parteien – Wahlen

Die Republik Panama mit ihren 3,3 Mio. Einwohnern ist eine präsidentiale Demokratie. Die ehemalige Provinz Kolumbiens spaltete sich im Jahre 1903 mit Hilfe der USA ab und bildete fortan einen eigenen Staat, dessen Unabhängigkeit durch die US-Kanalzone allerdings während des gesamten 20. Jahrhunderts stark beeinträchtigt war. Der das Land durchquerende Panamakanal verbindet die Karibische See im Norden und den Pazifischen Ozean im Süden. Er zählt bis heute zu den bedeutendsten Schifffahrtsstraßen der Welt.

1977 wurde in den sog. Torrijos-Carter-Verträgen die Neutralität des Kanals vereinbart. Von 1979 bis 1999 war der Kanal selbst unter gemeinsamer US-panamaischer Kontrolle. Bis zur Eröffnung der *Puente de las Américas* im Jahre 1962 war das Land zweigeteilt; 2005 wurde eine zweite Brücke in Betrieb genommen.

Panama grenzt im Westen an Costa Rica und wird heute generell zu Zentralamerika gezählt. Neuwahlen finden alle fünf Jahre statt. Seit 2004 regiert der *Partido Revolucionario Democrático* (PRD), die mit rund 680.000 Mitgliedern größte Partei des Landes. Sie beruft sich auf den früheren Staatsschef General Torrijos; ihre Parteigänger rekrutieren sich hauptsächlich aus den städtischen Eliten und der Arbeiterschaft. Die mit 250.000 Mitgliedern zweitgrößte Partei *Partido Panameñista* gründet auf der Tradition des dreimaligen Staatspräsidenten Arnulfo Arias Madrid. Ihre Anhänger stammen überwiegend aus dem ländlichen Raum.

Die indigenen Volksgruppen Kuna, Ngobë-Buglé und Emberá-Wounaan verwalten ihre fünf autonomen Territorien (*comarcas*) selbst.

Die Streitkräfte wurden 1994 formell abgeschafft. Die nächsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen finden im Mai 2009 statt.

Währung: 1 Panamaischer Balboa = 1 US Dollar

Jahr 1971 verschwundenen kolumbianischen Priesters Héctor Gallego.

Haftbedingungen

Häftlinge sind Berichten zufolge immer wieder Misshandlungen und Übergriffen durch das Gefängnispersonal ausgesetzt. Im Oktober 2007 untersuchte das Büro für interne Angelegenheiten der Nationalpolizei (DRPO) 23 Fälle von Misshandlungen von Häftlingen durch das Gefängnispersonal. Beklagt wurden zudem die unzureichende medizinische Versorgung und ein eingeschränkter Zugang zu Trinkwasser, Korruption sowie die Überbelegung der Zellen. Der 2004 angeratenen Schließung des Gefängnisses La Chorrera durch den Ombudsmann für Menschenrechte wurde nicht Folge geleistet, das Gefängnis blieb mit 471 Insassen in Betrieb. Laut einem Bericht des U.S.-Au-

ßenministeriums waren die nationalen Gefängnisse, die Raum für knapp 7000 Häftlinge bieten, mit mehr als 11.000 Insassen überbelegt. Aufgrund fehlender Sicherheitsmaßnahmen gelang es am 6. Januar 2007 sechs maskierten Personen, in das Jugendgefängnis „Basilio Lakas“ in Colón einzudringen und die dort einsitzenden Omar Frutos (17) und Elicer Cuevas (15) zu erschießen. Sechs Verdächtige konnten kurz nach der Tat gefasst und in Untersuchungshaft genommen werden.

Der Ombudsmann für Menschenrechte erhielt während des Berichtszeitraum 17 Klagen von Misshandelten gegen Beamte der Nationalpolizei.

Gewerkschaften

Presseberichten zufolge kam im Februar 2008 bei Zusammenstößen zwischen Polizei und Gewerkschaften in der Provinz Colón der 28-jährige Gewerkschaftsführer Airomi Smith Rentería ums Leben. Im Anschluss daran eskalierten die Proteste im Land, die Polizei reagierte mit unangemessener Gewalt. Die Gewerkschaften verlangen höhere Löhne und einen verbesserten Arbeitsschutz, nachdem in den vergangenen zwei Jahren 50 Arbeiter bei Bauarbeiten ums Leben gekommen sind. Die Kluft zwischen dem vom Bauboom profitierenden Unternehmenssektor und einer verarmten Bevölkerungsschicht, die unter den rasant steigenden Lebenshaltungskosten leidet, wird immer breiter und sorgt zunehmend für Unzufriedenheit in der Bevölkerung.

Pressefreiheit

Wie Reporter ohne Grenzen berichtet, kam es trotz einer weit gehenden Gewährleistung der Presse- und Meinungsfreiheit wiederholt zu Vorwürfen, die panamaische Regierung behindere den freien Informationsfluss. Zudem hieß es, sie kaufe Anzeigenflächen auf, um diese mit loyalen Presseberichten zu füllen und so eine kritische Berichterstattung zu verhindern. Mehrere Gerichtsverfahren gegen Journalisten sind anhängig und wurden von der Organisation Reporter ohne Grenzen sowie dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte als Pressezensur kritisiert.

Im Mai 2007 verabschiedete die Nationalversammlung trotz breiter Proteste von Medienvertretern und Nichtregierungsorganisationen eine Änderung des Strafgesetzes, nach dem u. a. Journalisten, die über Angestellte des öffent-

lichen Sektors berichten, mit Geldstrafen belangt oder in Haft genommen werden können.

Frauen

Polizeiangaben zufolge wurden allein zwischen Januar und August 2007 mehr als 2300 Frauen Opfer häuslicher Gewalt. Medien berichteten zudem über eine steigende Zahl von Frauen, die durch die Hand ihrer Ehemänner ums Leben kommen. Frauenorganisationen werfen der Regierung vor, der wachsenden Gewalt nicht in gebotenem Maße entgegenzutreten.

Kinder

Polizeiberichten zufolge wurden während des Berichtszeitraums 718 Fälle von Kindesmissbrauch angezeigt, 155 dieser Kinder waren Opfer von Vergewaltigung. Da die meisten Fälle jedoch nicht zur Anzeige gebracht werden, initiierte das Ministerium für Soziale Entwicklung (MIDES) eine Medienkampagne, die Kinder und Familienangehörige dazu aufrief, Misshandlungen zu melden.

Kinderarbeit und Menschenhandel stellen in Panama nach wie vor ein Problem dar.

Indigene

Die indigenen Volksgruppen Kuna, Ngobë-Buglé und Emberá-Wounaan verwalten ihre fünf autonomen Territorien (*comarcas*) selbst. Für eine Selbstverwaltung der Territorien der anderen Bevölkerungsgruppen, so der Bri-Bri und Naso, gab es vonseiten der Regierung bislang keinen Ansatz.

Die Internationale Arbeiterorganisation ILO berichtete von einer Ungleichbehandlung indigener und nichtindigener Arbeiter. Hierbei soll vor allem auf den Zucker-, Kaffee- und Bananenplantagen indigenen Arbeitern bis zu 32 % weniger Lohn gezahlt und grundlegende Arbeitsrechte verweigert worden sein.

Shelina Islam

Quellen

Auswärtiges Amt:
Länderinformationen. www.auswaertiges-amt.de
Junge Welt, 15.02.2008: „Schüsse in den Rücken“, S. 6. www.jungewelt.de
U.S. Department of State: Country Reports on Human Rights Practices 2008. www.state.gov
Nizkor, 20.09.2007: „La privatización de las fuentes de agua en Panamá“. www.nizkor.org
Reporter ohne Grenzen, 9.2.2007: „Press freedom threatened by law reform“. www.rsfs.org
International Labour Organization (ILO): www.ilo.org
CIA World Fact Book 2008

Zur Menschenrechtslage in El Salvador

Infoveranstaltung mit *Mariposa* am 18. April 2008 in der Werkstatt 3



Foto: Bodo Marks

Im April 2008 haben wir im Rahmen der Hamburger Romerotage in der Werkstatt 3 eine Veranstaltung mit der salvadorianischen Journalistin Marina Manzanarez, bekannt unter dem Namen „Mariposa“ (Schmetterling) organisiert.

Sie befindet sich derzeit im Exil, um den Repressionen gegen ihre Person seitens der salvadorianischen Regierung zu entgehen. Sowohl ihre Eltern als auch ihr Bruder waren ermordet worden. Vom Ausland aus kämpft sie weiter gegen die Straflosigkeit und soziale Ungerechtigkeit in El Salvador.

Am 2. Juli 2006 waren Juana Monjarás (76 Jahre) und ihr Ehemann Antonio Manzanarez (79 Jahre) von Unbekannten in ihrer Wohnung in der Stadt *Suchitoto* (Region *Cuscatlán*), zunächst gefoltert und anschließend ermordet worden. Bis heute wurde gegen die Verantwortlichen des Verbrechens nicht ermittelt. Die beiden Opfer hatten jahrelang Todesdrohungen erhalten, die vermutlich auf ihr Engagement in der Befreiungsfront *Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional* (FMLN) zurückzuführen waren. Deren Tochter Marina Manzanarez ist sicher: Ihre Eltern wurden Opfer eines weiteren politischen Verbrechens.

Die Geschichte der Familie von *Mariposa* ist verbunden mit der vom FMLN. Seit Mitte der 1970er Jahre hatten die Manzanarez-Monjarás aktiv am Kampf der Befreiungsfront für die Verbesserung der sozialen Bedingungen in El Salvador teilgenommen. *Mariposa*, von Beruf Journalistin, hat sich während des salvadorianischen Bürgerkrieges in die Stimme des Widerstands in den unabhängigen Untergrundsendern *Radio Liberación*, *Radio Venceremos* und

Radio Farabundo Martí verwandelt. Dort arbeitete sie als Produzentin, Moderatorin und Korrespondentin – eine Aufgabe, die sie in der Opposition während des Konfliktes "öffentlich herausragen" ließ, der zwischen 1980 und 1992 über 75.000 Tote verursachte.

Nicht aufgeklärte Tode

Bis jetzt wurde der Tod der Familie von *Mariposa* nicht aufgeklärt, so wie die Fälle vieler Bürgerinnen und Bürger in El Salvador während der 1980er und Anfang der 1990er Jahre. Seither hat sich Marina Manzanarez für eine Aufklärung der Vergangenheit engagiert und erhält Todesdrohungen. Nachdem die Drohungen gegen sie auch nach dem Tod ihrer Eltern weitergingen hat die Journalistin aus Angst um ihr Leben das Land verlassen und hat sich in Deutschland um politisches Asyl beworben.

Mit der Hilfe von Amnesty International hat Marina Manzanarez eine internationale Kampagne gestartet, um die politischen Tode und das Verschwinden von Widerstandsmitgliedern und deren Angehörigen in El Salvador anzuprangern. Sie fordert von den Behörden ihres Landes den Beginn der Ermittlungen zur Aufklärung des gewaltsamen Todes ihrer Eltern. Al hatte im Juli 2006 von der Regierung Garantien für ihre Sicherheit gefordert.

„Alles ist eine politische Strategie, um die Todeschwadronen zu verbergen, die sowohl meine Eltern als auch viele andere Menschen ermordeten“. Überzeugend und mit von ihren Tränen nassen Wangen berichtet *Mariposa*. „Ich selber wurde sogar des Mordes an meinen Eltern beschuldigt. Die Medien berichten nicht über die Repression; und wenn sie es tun, dann nur, um die Bevölkerung zu täuschen“ empört sich Marina.

Unmögliche Verfolgung der Menschenrechtsverletzungen

"Die Salvadorianer werden von ihrer eigenen Regierung unterdrückt", sagt *Mariposa* nach der Vorführung eines Dokumentarfilms, der die Behinderung einer Demonstration gegen die Privatisierung von Trinkwasser durch die salvadorianische Polizei zeigt, die am 2. Juli 2007 in Suchitoto stattfand. In dieser Stadt war ein Jahr

zuvor das Ehepaar Manzanares-Monjarás getötet worden.

Das im Jahr 1993 eingeführte Generalamnestie-Gesetz macht nicht nur eine Strafverfolgung von Menschenrechtsverletzungen während des bewaffneten Konfliktes unmöglich, sondern wirft seine Schatten auch noch heute auf die Arbeit der Justiz. Seit der Verabschiedung dieses Gesetzes haben die Behörden keinerlei Anstrengungen mehr unternommen, Fälle von Menschenrechtsverletzungen aus den 1980er Jah-

ren vollständig zu untersuchen, die Verbrecher zur Rechenschaft zu ziehen und die Opfer zu entschädigen.

Mariposa ist mittlerweile nach Nicaragua gezogen, um ihrer Heimat und ihren Freunden wenigstens geographisch ein Stück näher sein zu können. Wir stehen weiterhin mit ihr in Kontakt.

Kirstin Büttner und Marcos de Barros

„Kilmawechsel in El Salvador“ ? Straflosigkeit und politische Alternativen

Zwei Vorträge beim Koordinationstreffen der El Salvador Solidarität

Diesem Thema hat sich im November 2008 das Koordinationstreffen der El Salvador-Solidarität in Frankfurt gewidmet. Seit der Aufbruchstimmung, die seit den Friedensverträgen 1992 im Land geherrscht hatte, hat sich die salvadorianische Gesellschaft mittlerweile Stück für Stück in Richtung autoritäres, repressives Regime bewegt. Heute herrscht wieder auf vielen gesellschaftlichen Ebenen die *impunidad*. Der Menschenrechtsanwalt **David Morales** kämpft seit Jahren gegen staatliche Willkür und die herrschende Straflosigkeit im Land. Er berichtete ausführlich über die verschiedenen Faktoren, die seit dem Bürgerkrieg die jetzige Lage begünstigt haben.

Zu Gast war auch **Sandra Guevara**, die Direktorin der Frauenorganisation *Melida Anaya Montes (MAM)*. Sie berichtete über die bevorstehende Präsidentschaftswahl im Januar und März 2009, für die Umfragen einen Wahlsieg der FMLN prognostizieren, und damit einen politischen Wandel nach 20 Jahren konservativer ARENA-Regierung.

Beide Gäste machten das Treffen in Frankfurt zu einem interessanten und informativen Wochenende. Im Folgenden möchte ich die Vorträge kurz zusammenfassen:

David Morales arbeitet für die Menschenrechtsorganisation *Fundación de Estudios para la Aplicación del Derecho (FESPAD)*, eine NGO, die für gesellschaftliche Randgruppen rechtlichen Beistand leistet. Die Arbeit konzentriert sich auf Verfassungsfragen, Menschenrechts-

verletzungen, Ermittlungsarbeit sowie Beobachtung der Behörden.



Foto: Kirstin Büttner

Verschiedene Faktoren haben die Straflosigkeit in El Salvador seit den Friedensvereinbarungen 1992 begünstigt: Das Weiterexistieren der Todesschwadronen und der klandestinen Strukturen nach der Auflösung der *Fuerza armada* im Zuge der Militärreform, die Gründung einer zivilen Polizei (*PNC*), deren Führungspositionen mit Mitgliedern der ehemaligen Streitkräfte besetzt sind und eine Justizreform, die das Wahlrecht für Richter im Sinne der politischen Machthaber ändert. Die formalen Demokratisierungstendenzen, die u. a. durch die USA vorangetrieben wurden, haben das Land oberflächlich modernisiert, im Grunde aber ein neoliberales Wirtschaftsmodell implementiert, eine reale Säuberung der Justiz verhindert, die Opfer dis-

kriminiert und die Generalstaatsanwaltschaft extrem mächtig gemacht.

Die Ergebnisse der Wahrheitskommission – immerhin 22.000 Anzeigen wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen – sind bis heute weitgehend unbeachtet geblieben, ein Amnestiegesetz hat die Opferansprüche ungültig gemacht und eine ineffiziente und für autoritäre Strukturen anfällige Justiz macht den Demokratisierungsprozess weiterhin schwierig.

Die Polizeireform von 2001 hat die Polizei weitgehend zentralisiert, die Macht des obersten Polizeichefs gestärkt und die Militarisierung der Inneren Sicherheit vorangetrieben.

Begriffe, die an die Zeiten des Bürgerkriegs erinnern, werden wieder vermehrt genutzt. Zum Beispiel werden *pandillas* (Banden) und die Jugendlichen aus den ärmeren Vierteln mittlerweile als ‚Innerer Feind‘ bezeichnet (Konzept der sozialen Säuberung). Die Anti-Terror-Gesetzgebung erleichtert das Vorgehen gegen soziale Organisationen und führt zur Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Als Ergebnis dieser Politik ist die Kriminalität in den letzten Jahren erheblich gestiegen. El Salvador weist mit 60 auf 100.000 Einwohner die höchste Mordrate auf. Nur rd. 3% der Fälle werden aufgeklärt und strafrechtlich verfolgt. Die politischen Morde häufen sich zunehmend. In den letzten zwei Jahren wurden 30 außergerichtliche Hinrichtungen an Mitgliedern der Opposition und sozialen Aktivisten begangen.

Die anstehenden Justizreformen im nächsten Jahr (Februar: Wahl von 5 neuen Abgeordneten der konstituierenden Kammer des Obersten Gerichtshofes, Juli: Wahl eines neuen Generalstaatsanwalts) nimmt Morales zum Anlass, um über die Entwicklung und bestehende Situation der Straflosigkeit in El Salvador zu sprechen:

Seit 1993 hat die Wahrheitskommission ca. 22.000 Fälle von schweren Menschenrechtsverletzungen untersucht und herausgefunden, dass in 95% der Fälle das Militär, die Todeschwadronen und die Paramilitärs verantwortlich waren. Sowohl in den militärischen Strukturen als auch im Polizeiapparat ist seitdem wenig passiert, viele der früheren einflussreichen Faktoren bestimmen auch heute noch diese Bereiche, wie das Polizeigesetz von 2001 zeigt, das zur Zentralisierung innerhalb der Polizei führte. Der damalige Chef des Geheimdienstes *Mauricio Sandobal* wurde zum obersten Polizeidirektor ernannt. Der *Innere Feind* - Gewalt

und Verbrechen, die hauptsächlich den Jugendbanden zugeordnet werden - soll durch einen autoritären Polizeistaat bekämpft werden. Entwickelt hat sich ein System, das auf Investitionen für Präventions- und Rehabilitierungsmaßnahmen verzichtet und dafür in Waffen, Technik und Uniformen investiert sowie systematisch Menschen- und Bürgerrechte verletzt.

Entstanden sind Notstandsgesetze wie das Anti-Maras-Gesetz und die Anti-Terrorismus-Gesetze gegen die organisierte Kriminalität. Nicht einmal 4 % der Verbrechen werden aufgeklärt, es gibt wieder Anzeichen von Folter und seit 3 Jahren auch wieder vereinzelt Fälle von Verschwindenlassen.

In seinem Fazit betonte Morales die strukturellen Verschlechterungen in den Bereichen Sicherheit und Justiz. Für die anstehenden Wahlen sieht er dennoch eine Chance durch das Vetorecht der FMLN im Parlament bei der Wahl des nächsten Generalstaatsanwaltes.

Auch die Anklage der spanischen Menschenrechtsorganisation APDHE gegen den ehemaligen Präsidenten Cristiani für seine Verwicklungen in die Jesuiten-Morde von 1989 beurteilt Morales als Erfolg, der zum einen den steigenden Einfluss der Opferverbände widerspiegelt, zum anderen die internationale Aufmerksamkeit auf die salvadorianische Regierung lenkt.

Am Ende betonte er die Bedeutung von internationalen Kommissionen und internationaler Solidarität, die im Land viel bewirken kann, wie man jüngst im Fall von Suchitoto beobachten konnte, in dem das Menschenrechtsbüro dank der internationalen Unterstützung die Freilassung der Gefangenen bewirken konnte.

Sandra Guevara rückte die nächsten Präsidentschaftswahlen 2009 ins Zentrum ihres Vortrages:

Nach 20 Jahren rechtsgerichteter ARENA-Politik unter den Präsidenten Cristiani, Calderón Sol. Flores und Saca ist die salvadorianische Bevölkerung von der rechtsgerichteten Politik zunehmend enttäuscht, so dass die Chancen für die FMLN, sowohl auf Kommunal-ebene zu gewinnen als auch den Präsidenten zu stellen, sehr gut stehen. Momentan liegt FMLN vertrauenswürdigen Umfragen zufolge 15-18% vor ARENA.

Nach bisher geltendem Recht wären Kommunal-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen auf einen einzigen Wahltermin gefallen. Die am-



Foto: Kirstin Büttner

tierende Regierung hat das Wahlgesetz kurzer Hand zu ihrem eigenen Vorteil geändert und nun zwei getrennte Wahltermine angesetzt:

- am 18.1.2009 finden Kommunal- und Parlamentswahlen statt
- am 16.3.2009 dann die Präsidentschaftswahlen.

Da ein Multiparteienstaat angestrebt wird, stehen momentan folgende Parteien zur Wahl:

- Links: FMLN, die davon abgespaltene FDR sowie die CD (Präsidentschaftskandidat ist Mauricio Funes, der mittlerweile auch von Teilen der Unternehmerschaft und des Militärs unterstützt wird (*Amigos de Mauricio*)).
- Rechts: ARENA, PDC und PCN (Präsidentschaftskandidat ist der ehemalige PNC-Chef Rodrigo Ávila)

Während ARENA noch kein Programm vorlegen konnte, hat die FMLN ihr mögliches Regierungsprogramm definiert und öffentlich zur Diskussion gestellt und einen *Diálogo Social Abierto* an insgesamt 32 Runden Tischen im gesamten Land durchgeführt, um die Zivilgesellschaft in den Prozess mit einzubeziehen und ihre Anliegen in ihr Programm mit aufzunehmen. Sandra Guevara kritisierte an Mauricio Funes, dass er den im Parteiprogramm geforderten Bi-Monetarismus (die Wiedereinführung des Colón) ignoriere und seinen Diskurs bezüglich der

Legalisierung der Abtreibung geändert habe. Außerdem zeige er keine Bestrebungen, den TLC und die Amnestiegesetze abzuschaffen.

ARENA setzt auf eine Diffamierungskampagne, die auch von der deutschen CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung kräftig unterstützt wurde. Die Argumente schüren die Angst innerhalb der Bevölkerung, dass El Salvador sich nach einem FMLN-Sieg der Linie Chávez', Cubas oder Nicaraguas anschließen könnte. U.a. wurden Vorwürfe gegen Funes öffentlich, die ihm unterstellen, seine Frau missbraucht zu haben. ARENA hat bezüglich der Wahlen einige Reformen durchgesetzt, die einen Wahlbetrug erleichtern:

- Alle Kandidaten müssen jetzt Mitglieder einer Partei sein (vorher konnten auch Nicht-Mitglieder auf Parteilisten kandidieren). Hiermit sollte Funes ausgebremst werden, da er bis dato kein Mitglied war. In Folge dieses Gesetzes traten 1350 Personen der FMLN bei.
- Der Sekretär eines Wahltesches muss das Wahlergebnis nicht mehr unterzeichnen.
- Pro Wahltesch waren bisher 400 Wähler vorgesehen, für 2009 sind es 450 (obwohl die Bevölkerungszahlen laut Zensus gesunken sind).

Nach wie vor besteht das Problem der *Votos Migratorios*: Es werden gezielt Wähler in Gebieten neu angemeldet, wo erfahrungsgemäß die FMLN siegt. Hinzu kommen Stimmenkauf, Druck auf die Belegschaften der Firmen seitens der Geschäftsführung und ein mangelhaftes Wählerregister.

Die FMLN setzt auf die internationale Wahlbeobachtung und internationale Delegationen, auf eine gut organisierte Logistik, die eine lückenlose Beobachtung der Wahltesche ermöglicht, die Einrichtung eines juristischen Teams, um jede Unstimmigkeit sofort aufzunehmen und eine Sonderkommission, die der Gewalt auf der Straße vorbeugen soll.

Abschließend betonte Sandra Guevara das Motto der FMLN *Nace la Esperanza!* (die Hoffnung wird geboren).

Kirstin Büttner

Filmkritik

Ein wenig genießen vor dem Sterben

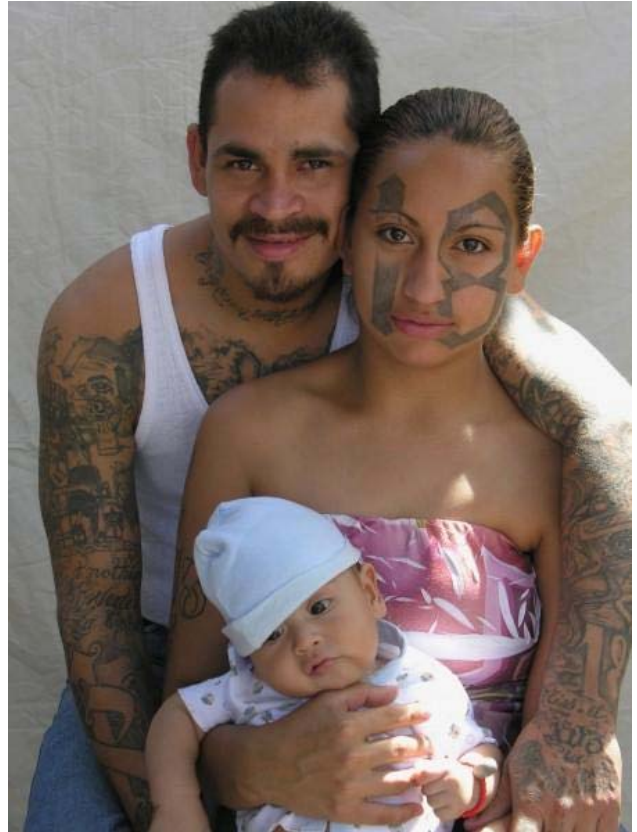
In „La vida loca“ („Das verrückte Leben“) bringt der produktive Fotograf und Dokumentarfilmer Christian Poveda das Zusammenleben mit dem Tod der salvadorianischen Jugendbanden-Mitglieder Mara 18 dem Zuschauer näher.

Der Dokufilm „La vida loca“, der im September 2008 auf dem Filmfestival von San Sebastián gezeigt wurde, lässt den Zuschauer in das Aktionszentrum der *mareros* eintauchen, jener Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 18 Jahren, die in El Salvador und anderen Ländern Zentralamerikas Terror verbreiten. Sie formieren sich in zwei rivalisierenden Bandengruppen, der *Mara 18* und der *Mara Salvatrucha*. Für die Dauer von ca. anderthalb Jahren hielt die Kamera des französisch-spanischen Fotografen und Regisseurs die Mitglieder einer „Clique“ – einer Basiszelle – der *Mara 18* im Stadtviertel La Campanera in San Salvador fest. Das Ergebnis ist schaudererregend, so wie es auch das Leben von „El Banbán“, „El Bodoque“ oder „La Chucky“ ist, einiger der Jungen, die Poveda bis zu ihrem Ende begleitet.

„Die *Mara*-Bandenmitglieder sind seit ihrer frühesten Jugend vernachlässigte Straßenkinder, denen Mutterliebe gefehlt hat. Sie schließen sich einer Gruppe mit einer bestimmten Struktur an und beschützen deren Regeln“. Mit diesen Worten erklärt Christian Poveda, was es für die Mitglieder der *Mara 18* oder *Salvatrucha* bedeutet, zu einer dieser Jugendbanden zu gehören. Er versichert, dass seine Absicht diesen Dokumentarfilm zu drehen darin bestand, „die Beweggründe eines Jugendlichen aufzuspüren, die ihn zu einem Mörder werden lassen, der jederzeit bereit ist zu sterben“. Die Antworten auf diese Unbekannte lauten: Eine kärgliche und unsichere Gesellschaft, die die Jugendlichen vergisst, ein Daseinszustand, dessen einziges Mittel zur Problemlösung die Unterdrückung ist, und das aufgrund fehlender Vorbeuge- bzw. Rehabilitationsmaßnahmen.

In „La vida loca“ schließen sich einige der Hauptakteure zu einer Initiative zusammen und annoncieren die Eröffnung einer Brotbäckerei. Darauf reagieren die Behörden mit der Schließung des Ladens und der Inhaftierung ihrer Betreiber.

„In meinen über dreißig Berufsjahren habe ich viele Tote gefilmt, aber noch nie Tote, die ich vorher gekannt hatte“, sagt Christian Poveda,



Fotos: Christian Poveda

der monatelang Tat für Tat mit Jugendlichen verbrachte, die er „nach und nach sterben sah“. Die *mareros* sind junge Leute, die von dem Zeitpunkt des Aufnahme Rituals in der Bande an damit rechnen, dass der Tod ihr Schicksal sein wird: „die *Mara* ist für sie ein Lebensstil der Verrücktheit, bis zum äußersten verrückt zu spielen. Und eine davon ist der Tod“. Er ist die Hauptperson in dem Film und eine in El Salvador sehr etablierte Tatsache, wo jeden Tag fast ein Dutzend Morde begangen werden, eine der höchsten Todesraten der Welt. Und so ist es – wie der Regisseur es ausdrückt – die einzige Hoffnung dieser Jugendlichen, sich den Banden anzuschließen und das „Leben vor dem Sterben ein wenig zu genießen“.

Skepsis über einen möglichen Wandel

Im März 2009 werden in El Salvador Präsidentschaftswahlen stattfinden. „Ich glaube nicht, dass sich die Situation ändern wird“, antwortet



Christian Poveda, als der Journalist ihn fragt, ob er irgendeine mögliche Veränderung für den Fall sieht, dass der *Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional* (FMLN) die Wahlen gewinnt. „Zwar gibt es bei dem Kandidaten der FMLN, Mauricio Funes, die Bereitschaft dazu. Er scheint mir ehrenhaft zu sein und will soziale Veränderungen in Gang setzen. Er wird aber mit der Last der ökonomischen Probleme kämpfen müssen, die El Salvador seit 30 Jahren auf Grund der Bürgerkriegs und der unwirksamen Wirtschaftspolitik, die die ARENA in den letzten 20 Jahren gemacht hat, lahm legt. Außerdem“, fügt Poveda hinzu, „um eine Präventions- und Rehabilitationspolitik voranzubringen, sind folgende Ressourcen notwendig: an erster Stelle Menschen, soll heißen, Menschen, die bereit sind, die Arbeit zu machen, und Geld.“ „Und diese Ressourcen gibt es in El Salvador nicht“, urteilt der Direktor und Regisseur von *La vida loca*.

Maras – importiert aus den USA

Die *maras* von Zentralamerika haben das Muster der Banden übernommen, die in den *Latino*-Vierteln von Los Angeles entstanden, wo sich zwischen dem Ende der 1980er und Anfang der 90er Jahre die *Mara Salvatrucha* und die *Mara 18* formierten. Der Begriff ‚Mara‘ kommt von *marbunta*, die Vermassung von zentralamerikanischen Ameisen, die alles, was sie auf ihrem Weg fanden, verschlangen. Beide Banden haben in den Vereinten Staaten in einem dauernden Kampf gelebt, sowohl auf der Straße als auch in den Gefängnissen, wobei sie sich zu kriminellen Organisationen im Kampf um die Macht entwickelten. Ihre Mitglieder, Abkömmlinge aus Zentralamerika, waren aus den Bürgerkriegsregionen geflohen – wie jener, die El

Salvador in den Jahren 1980 bis 1992 erschütterte.

Nach der Verabschiedung der US-amerikanischen Migrationsreform („*Illegal Immigration Reform*“ und „*Immigrant Responsibility Act*“) wurden ab 1996 mehrere zehntausend *mare-ros*, die in nordamerikanischen Gefängnissen einsaßen, in ihre Ursprungsländer in Zentralamerika zurückgeführt – mit dem für El Salvador, Honduras und Guatemala verheerenden Effekt, dass mit ihrer Ausweisung die Bedingungen für Marginalität und Gewalt ebenfalls mit umsiedelten und sie sich zu Banden formierten. In diesen schlossen sich Straßenkinder – in der Mehrheit Waisen und aus der Gesellschaft Ausgeschlossene – zusammen.

Marcos de Barros ¹

¹ Marcos de Barros (Jg. 1984) gehört seit dem Spätherbst 2008 zur CASA- und Guatemala-Kogruppe. Nach seinem Journalistik-Studium in Barcelona übersiedelte er im Herbst 2007 nach Hamburg und arbeitet seither in der Hansestadt für verschiedene Print- und Onlinemedien.

Ökoparadies ohne Indígenas

Der mexikanische Bundesstaat Chiapas wird nach Regierungsplänen komplett umgebaut: Tourismus, Monokulturen und Städte sollen entstehen. Die betroffene Landbevölkerung wird erst gar nicht gefragt.

Von Luz Kerkeling, Chiapas

Mexiko befindet sich in einer tiefen Krise. Politisch, ökonomisch, sozial und ökologisch. Die aktuelle Regierung des Landes unter Präsident Felipe Calderón von der rechtskonservativ-neoliberalen Partei der Nationalen Aktion PAN tut nach Ansicht zahlreicher sozialer Organisationen alles, um die Krise zu verschärfen. Gemeinsam mit der ehemaligen Staatspartei PRI (Partei der Institutionellen Revolution) und immer stärker auch mit Teilen der sozialdemokratischen PRD verschärft und perfektioniert sie die Ausbeutung von Mensch und Natur.

Demagogie des neuen Gouverneurs

Juan Sabines Guerrero, amtierender Gouverneur von Chiapas, siegte bei den Wahlen im Jahr 2006 unter dem Slogan »Taten statt Worte«. Dieses Wahlversprechen erfüllt er sogar – aber wie? Sabines' Karriere illustriert anschaulich die Situation der politischen Klasse in Chiapas – wenn nicht in ganz Mexiko. Eigentlich hatte der Sohn des ehemaligen Gouverneurs Juan Sabines Gutiérrez, der von 1979 bis 1982 das gleiche Amt innehatte, für die PRI kandidieren wollen. Doch aufgrund von Interessenskonflikten kandidierte er schließlich für die PRD und gewann die Wahlen. Heute arbeitet er mit Landkreispräsidenten der drei bürgerlichen Parteien PAN, PRI und PRD zusammen und hat sich in den ersten anderthalb Jahren seiner Amtszeit auffällig oft mit Präsident Calderón von der PAN getroffen, um ökonomische und infrastrukturelle Projekte voranzutreiben – von politischen Konflikten zwischen der sozialdemokratischen PRD und der rechtskonservativen PAN keine Spur.

In seiner ersten Regierungserklärung nach einem Jahr im Amt betonte Sabines, dass er die gesellschaftliche Pluralität im Bundesstaat schätze und pflegen wolle, wobei er auch explizit die zapatistische Bewegung erwähnte. Er kündigte eine Aufarbeitung der Straflosigkeit, ein Ende der Polizeigewalt, soziale Maßnahmen und ein enormes Wirtschaftswachstum an. In der »Deklaration von Comitán«, die Sabines vor der Wahl unterzeichnete, und in der aktuellen Tourismusplanung seiner Administration

Am 3. Dezember 2008 hielt Luz Kerkeling auf Einladung der CASA- und Guatemala-Kogruppe und Zapapres e.V. in der Werkstatt 3 einen Vortrag zum Thema »Chiapas im Visier von Politik und Kapital«. Inhaltlich ging es sowohl um eine Schilderung der neoliberalen »Entwicklungs-« und Ordnungsprojekte der Regierung als auch um den vielfältigen sozialen Widerstand dagegen. Der Vortrag wurde durch zahlreiche Dias (Fotos, Grafiken und Collagen) illustriert, die der Referent fortwährend parallel zu seinen Ausführungen auf die Zuhörer wirken ließ. Die Fülle der Informationen, Bilder und Assoziationen war so groß, dass allein ein zusammenfassendes Wortprotokoll eine echte Herausforderung gewesen wäre. Der Autor gestattete uns stattdessen den Nachdruck eines Artikels, den er am 22. April 2008 in der »jungen welt« veröffentlicht hatte.

Luz Kerkeling arbeitet derzeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am CIEPAC (Zentrum für ökonomische und politische Forschung) in San Cristóbal, Chiapas, und ist ferner im Bildungsverein Zwischenzeit e.V. und in der Gruppe B.A.S.T.A. (beide Münster) aktiv tätig.

wird angekündigt, Chiapas in ein neues Cancún, ein neues touristisches Mekka und ein öko-archäologisches Musterprojekt zu verwandeln.

Die progressiv gefärbte Ausrichtung der Umgestaltung des Bundesstaates richtet sich an internationale Akteure aus Politik und Wirtschaft – darunter die EU, die Investitionen in Höhe von 55 Millionen Euro für »nachhaltige Entwicklungsprogramme« angekündigt hat. Alle Interessenten sollen mehr und mehr davon überzeugt werden, dass Chiapas nicht mehr das korrupte und brutale Hinterland ist. Dagegen spüren immer breitere Teile der Landbevölkerung die Auswirkungen: Was für die Ohren der potentiellen Investoren »Ökotourismus« und »Partizipation der Bevölkerung« genannt wird, bedeutet für die meist indigene Bevölkerung vor Ort Vertreibung, Landenteignung, Migration oder Konvertieren in Lohnarbeiter.

Die vermeintlich »kommunitären« und »ökologischen« Tourismusprojekte in Ixcán, Guacamayas, Lacanjá Chansayab und weiteren Gemeinden des Lakandonischen Regenwalds sind nach Angaben von Miguel Angel García von

der Nichtregierungsorganisation »Maderas del Pueblo« »weder umweltfreundlich, noch nutzen sie den Gemeinden als Ganzes«. Das ehemals unverkäufliche und kollektive Gemeindeland wird über vorgebliche Hilfsprogramme privatisierbar gemacht. Nur einige wenige Familien profitieren davon, und nicht selten wird das Land an wohlhabende Grundbesitzer oder Unternehmer verkauft, was ein hohes Maß an sozialer Ungleichheit und irreversible Desintegrationsprozesse in den Dörfern mit sich bringt.

Der »Plan Puebla Panamá«

Der im Jahr 2000 unter Präsident Vicente Fox auf den Weg gebrachte »Plan Puebla Panamá« (PPP) ist keineswegs vom Tisch. Wegen des offensichtlichen Widerstands der Landbevölkerung und vieler Nichtregierungsorganisationen, der geringen Medienpräsenz und der zögerlichen Haltung der internationalen Investoren freuten sich einige Beobachter aus dem Umfeld der sozialen Bewegungen zu früh. Der Plan bleibt bestehen: ein gewaltiges Infrastrukturprojekt für Südmexiko und Zentralamerika, das den Bau von Straßen, Häfen, Flughäfen, Kraftwerken, das Verlegen von Telekommunikations- und Stromleitungen, die Erweiterung der Maquiladora-Industrie sowie die Anlage von Monokulturen und die Ausbeutung von Biodiversität, Wasser und Bodenschätzen umfasst. Zahlreiche Großprojekte und das steigende Interesse mexikanischer und internationaler Investoren – auch aus Japan und China – belegen dies. Die als Mesoamerika bezeichnete Region, die aus Perspektive des Kapitals noch immer nicht ausreichend an den Markt angekoppelt ist, soll durch den Plan anschlussfähig und somit ausbeutbar gemacht werden.

Für Chiapas hat das zur Folge, dass neben den »Ökotourismusprojekten« die klassischen, am Rande des Regenwalds gelegenen Standorte – die Ruinenstadt von Palenque oder die Wasserfälle von Agua Azul – erheblich ausgebaut werden sollen. Neben einer Autobahn von San Cristóbal nach Palenque ist auch der Ausbau des dortigen Flughafens vorgesehen.

Unter diesen so genannten Entwicklungsmaßnahmen werden Dutzende Gemeinden leiden – auch die der Regierung nahestehenden Dörfer, wie Agua Azul. Ein Sprecher der nun von Räumung bedrohten zapatistischen Gemeinde Nuevo Progreso versicherte im Interview: »Die neue Schnellstraßen und die Tourismusprojekte nutzen nur den lokalen Kaziken (Machthabern, L. K.), der Regierung und den Imperialisten der

internationalen Tourismusbranche.« Offiziell sollen zu allen Teilprojekten des PPP die jeweils betroffene Bevölkerung konsultiert werden – die bisherige Praxis sieht jedoch nach einheitlicher Aussage unabhängiger Organisationen anders aus.

Die im Kontext des Plans gebauten Straßen sind in der Regel kostenpflichtig, da sie über Public-Private-Partnership-Maßnahmen finanziert werden, und verfügen fast nie über Zufahrten zu kleinen Gemeinden, so dass sie für die lokale Bevölkerung vollkommen nutzlos sind. Gleichzeitig wird der an der Pazifikküste wirtschaftsstrategisch äußerst günstig gelegene Hafen Puerto Chiapas ausgebaut, um mehr Transport- und Kreuzfahrtschiffe aufnehmen zu können, wodurch wiederum der Druck auf eine schnelle Fertigstellung der Schnellstraßen erhöht wird.

Juan Bosco Martí, PPP-Koordinator, gab im Februar 2008 bekannt, dass bisher 4,5 Milliarden US-Dollar, 56 Prozent der geplanten Ausgaben, in das Gesamtprojekt investiert worden sind. Mexiko habe 1,6 Milliarden Dollar in 2053 Kilometer Straßenbau und 30 Millionen Dollar in kommerzielle Infrastruktur eingebracht. Präsident Calderón wiederholt gebetsmühlenartig, dass die Infrastruktur- und Modernisierungsmaßnahmen unerlässlich für die Wettbewerbsfähigkeit der mexikanischen Wirtschaft seien. Gemeint ist damit die Umsetzung des PPP, aber auch die weitere Öffnung des staatlichen Ölunternehmens Pemex für Privatkapital.

Aus den Pemex-Erlösen stammen bislang aber etwa die Hälfte der Staatseinnahmen – in den Augen vieler Mexikaner unverzichtbare Mittel, die zum Nutzen der Bevölkerung eingesetzt werden sollten. Eine breite Regierungskampagne in Fernsehen und Radio soll daher die skeptische Bevölkerung von der dringenden Notwendigkeit der umstrittenen Megaprojekte überzeugen. Die Restrukturierung im Rahmen des PPP endet laut Juan Bosco im Juni. Das Projekt werde dann umbenannt, »um die Ziele mit größerer Klarheit zu kommunizieren« – die manipulativen Interessen dieser Art von Öffentlichkeitsarbeit sind dabei unübersehbar.

Verlust indigener Lebensweisen

Bei all den Maßnahmen im Rahmen des Plans Puebla Panamá und anderer Entwicklungsprojekte sind die Menschen im Wege, die in Tausenden Dörfern auf dem Land leben. Daher werden sie nicht nur durch Projekte vertrieben,

die ihre Gemeinden zerstören. Die ländlichen indigenen Gebiete werden auch durch den beginnenden Bau von *ciudades rurales* (ländlichen Städten) entvölkert, der von der Regierung massiv vorangetrieben wird und durch den die Landbevölkerung auf wenige Wohnorte konzentriert werden soll.

Angelockt werden die Menschen durch Versprechen auf Trinkwasser, Betonböden, Kanalisation, Elektrizität, Bildung und Gesundheitsversorgung. Es zeichnen sich verstärkt Anstrengungen ab, das Leben in den ländlichen Regionen grundsätzlich umzustrukturieren. Neben der Schwächung des indigenen Widerstandes, der vor allem in den von der Zapatistischen Armee zur nationalen Befreiung (EZLN) kontrollierten Regionen eine nicht zu ignorierende soziale Kraft darstellt, geht es um die Privatisierung von Gemeindeboden und um die Transformation der Subsistenzwirtschaft in eine marktorientierte Produktionsweise. Alberto Castelazo, Präsident der Stiftung für ländliche Entwicklung, erklärte jüngst freimütig in der Tageszeitung *Reforma*, dass den mexikanischen Bauern eine unternehmerische Vision fehle. Die Stiftung führt zur Zeit einen Modellversuch in Chiapas durch, bei dem es laut Castelazo darum geht, dass die Bauern sich zusammenschließen, »Monsanto ihnen aufgewertetes Saatgut und Bayer den Dünger verkauft sowie Gruma ihnen die Produktion abkauft«. So könnten sechs Tonnen Mais pro Hektar statt bisher anderthalb Tonnen pro Ernte erwirtschaftet werden.



Protest im Regenwald: »Schluss mit Vertreibungen, Umsiedlungen und Massakern!
(Foto: Luz Kerkeling)

Castelazo räumte ein, dass es extrem schwierig sei, die Menschen zu überzeugen – Jahrhunderte schlechter Erfahrungen mit vermeintlich gutgemeinten Ratschlägen haben offenbar ihre Spuren bei den *Indígenas* hinterlassen.

Die indigene Lebensweise ist nicht nur durch Kampagnen zur Selbstauslieferung der Kleinstproduzenten an die Agrarindustrie in Gefahr. Es droht weiterer Landraub: Für verschiedene Regionen gibt es Pläne, die bereits existierenden Monokulturen (vor allem Ölpalme und Zuckerrohr) auszubauen. In diesem Kontext wird unter hohem Druck aus der Privatwirtschaft geprüft, ob die Produktion des umstrittenen Agrartreibstoffs rentabel ist. Sollte das der Fall sein, wird dies entweder eine Renaissance größerer Fincas oder des fremdbestimmten Arbeitens armer Landbauern mit der Energiepflanze auf kleinsten Parzellen mit sich bringen.

Egal, wem die entsprechenden Ländereien im Endeffekt gehören werden: Es besteht die Gefahr einer Ausbreitung der Lohnsklaverei, ein Verlust der dörflichen Sozialstrukturen und massive Umweltschäden. Zusätzlich zur Umgestaltung und Erweiterung der landwirtschaftlichen Nutzflächen kommt der von Umweltgruppen kritisierte »Naturschutz ohne Menschen«. Darunter sind vereinte Anstrengungen von Staatsbehörden, Kaziken und der Privatwirtschaft zu verstehen, die Bevölkerung aus den noch intakten Regenwaldgebieten und anderen Ökosystemen zu vertreiben, um die Biodiversität, die Wasservorkommen und die dort befindlichen Bodenschätze ökonomisch nutzen zu können. Weitere Tourismusprojekte sind für diese Regionen, darunter das berühmte Reservat Montes Azules im Lakandonischen Regenwald, geplant. Der Druck auf die dörfliche Lebensweise wird schließlich noch einmal erhöht, indem die mexikanische Zentralregierung über 500000 Hektar Land, das sind sieben Prozent der Fläche von Chiapas, für die Ausbeutung von Bodenschätzen konzessioniert hat.

Militarisierung der Herrschaft

Wenn die Gemeinden sich nicht freiwillig den Plänen von Regierung und Wirtschaft fügen – was häufig durch Korruption der Führungspersonlichkeiten erreicht wird – oder gar Widerstand organisieren, treten die staatlichen Sicherheitskräfte oder Paramilitärs auf den Plan. Bis heute operieren in Chiapas illegale Gruppen, die die oppositionelle Bevölkerung einschüchtern, vertreiben, verletzen und töten. Die Menschenrechtlerin Momo Bauer berichtet über ihre Erfahrungen: »Die Drohungen und Angriffe der regierungsnahen »Organisation zur Verteidigung der indigenen und bäuerlichen Rechte« (OPDDIC) auf zapatistische Gemeinden haben in den letzten Monaten ein so besorgniserregendes Ausmaß erreicht, dass die Menschen in den betroffenen Gemeinden nicht mehr aus ihren Häusern gehen können.«

gendes Maß angenommen wie seit zehn Jahren nicht mehr: Sie erinnern an die Übergriffe, die dem Massaker von Acteal am 22. Dezember 1997 vorausgingen, bei dem 45 Menschen ermordet wurden.« Das Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de las Casas in San Cristóbal konnte mehrfach nachweisen, dass die Paramilitärs, die das Massaker von Acteal zu verantworten haben, im Auftrag von Regierung und Militär gehandelt haben. Die EZLN geht davon aus, dass es sich im Fall der OPD-DIC um eine ähnliche Strategie handelt.



Foto: Luz Kerkeling

Aber die Militarisierung ist kein spezifisches Phänomen dieser Region. Präsident Calderón militarisiert das gesamte Land. Dieser Prozess wird mit dem Kampf gegen das organisierte Verbrechen, vor allem gegen den Drogenhandel, gerechtfertigt. Doch nachhaltige Erfolge bleiben seit Monaten aus, vielmehr wird immer wieder berichtet, dass die Eliten um Calderón die Drogenkartelle des Landes nach ihrer Fassung ordnen würden. Kritische Intellektuelle und Menschenrechtsorganisationen warnen, dass die Militarisierung eine langfristige autoritäre soziale Disziplinierung mit sich bringe und de facto eine Präventivmaßnahme für potentielle gesellschaftliche Unruhen sei. Dies scheint plausibel, denn mehr als die Hälfte der Bevölkerung gilt als arm – Tendenz steigend nicht zuletzt deshalb, weil Anfang 2008 die letzte Stufe des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA in Kraft getreten ist. Dazu kommt die niedrige Aufklärungsrate von Verbrechen im Land und die fast totale Weigerung der Eliten, über die Verbesserung der Lebensverhältnisse der marginalisierten Bevölkerungsteile zu verhandeln. Sogar die Weltbank ist inzwischen über die extreme Polarisierung der mexikanischen Gesellschaft besorgt.

Die unabhängige internationale Menschenrechtskommission CCIODH, die die Bundesstaaten Chiapas und Oaxaca sowie die Stadt San Salvador Atenco im Februar bereist und über 280 Interviews geführt hat, kommt zu dem Ergebnis, dass gegen die Aktivisten aus sozialen Bewegungen mit willkürlichen Festnahmen, Folter, Gewalt, Mord und Erpressung von Geständnissen für nicht begangene Delikte vorgegangen wird. Die Organisation verweist darauf, dass – um diese Misere zu beenden – strukturelle Veränderungen erforderlich seien, die von Seiten der Regierung allerdings überhaupt nicht in Sicht sind.

Privatisierung der Politik

Die aktuellen Veränderungen in Chiapas und Mexiko stehen in einem direkten Zusammenhang mit internationalen Entwicklungen. Die am 23. März 2005 von den Präsidenten Vicente Fox und George Bush sowie dem kanadischen Premierminister Paul Martin unterzeichnete »Nordamerikanische Allianz für Sicherheit und Wohlstand« (ASPAN) stellt eine qualitative Veränderung der Beziehung der drei Staaten und ihrer jeweiligen nationalen Politik dar und bildet unter Umständen sogar einen Modellfall auf internationalem Niveau.

Offiziell geht es um Schutz vor Terrorismus und Kriminalität sowie um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung. Tatsächlich zielt die Allianz jedoch darauf ab, die aus Perspektive der Regierungen und der ökonomischen Eliten bisher nicht erreichten Ziele aus dem Freihandelsabkommen NAFTA zu verwirklichen und das notwendige Instrumentarium dazu zur Verfügung zu stellen. Im Sicherheitsbereich wird die »Initiative Mérida« – auch »Plan Mexiko« genannt – vorangetrieben, die die militärische Zusammenarbeit des Landes mit den USA intensiviert. In diesem Kontext werden mexikanische Militärs von der US-Armee ausgebildet; Mexiko erhält enorme Finanzmittel und US-Hochtechnologie. Zudem unterstehen die Armeen von Mexiko und Kanada durch ASPAN dem US-amerikanischen Comando Norte, womit beide Staaten auch ins Raster militärischer Gegner der USA geraten. Sogar Militärs sind besorgt: Für

den ehemaligen mexikanischen General José Francisco Gallardo ist die Realisierung von ASPAN nur mit einem Ereignis in der Geschichte Mexikos vergleichbar: mit dem Verlust der Hälfte des nationalen Territoriums im Jahre 1847 an die USA.

Im ökonomischen Sektor zielt die Allianz darauf ab, den freien Fluss von Waren, Dienstleistungen und Finanzen bei gleichzeitiger Kontrolle der Arbeitsmigration zu garantieren. ASPAN unterwirft Mexiko stärker als jemals zuvor den ökonomischen und militärischen Interessen der USA. Die mexikanische Regierung ist in diesem Kontext jedoch keinesfalls als »Opfer« der US-Regierung zu betrachten: Die Administration Calderón hat im Gegenteil den »Plan Mexiko« massiv eingefordert – zugunsten der eigenen Eliten. ASPAN ist nach Einschätzung des »Zentrums für ökonomische und politische Forschung« mit Sitz in Chiapas ferner ein Instrument zur Bekämpfung von sozialen Bewegungen, zur Ressourcensicherung und allgemein zur Sicherung der Herrschaft des Kapitals vor dem Hintergrund der instabilen Konjunktur, des starken gesellschaftlichen Widerstands gegen den PPP und die gesamtamerikanische Freihandelszone ALCA, die 2005 bis auf weiteres scheiterte.

Die Allianz ist auf undemokratische Weise auf den Weg gebracht worden, denn sie wurde nicht von den nationalen Parlamenten verabschiedet, wie es noch vom NAFTA-Abkommen bekannt ist, sondern sie ist nach ihrer Ausarbeitung durch die größten Unternehmen der drei Staaten lediglich von den Regierungen schrittweise dekretiert worden. Nach Land, Bildung, Gesundheit, Wasser und zahlreichen weiteren Bereichen des Lebens werden nun offenbar

auch Politik und militärische Sicherheit privatisiert. Neben massenhafter Enteignung zugunsten der wohlhabenden Eliten beinhaltet dieser Prozess auch eine massive Entdemokratisierung der Gesamtgesellschaft und eine Etablierung neofeudal-imperialistischer Zustände in Nordamerika.

In dem aktuellen Projekt der mexikanischen Eliten stören die indigenen Gemeinden und die Landbevölkerung, die EZLN, die Bewegungen in Oaxaca und Guerrero sowie die vielen weiteren sozialen und politischen des Landes, die Umweltaktivisten, die Frauenorganisationen, die Gewerkschaften und alle Menschen, die sich nicht der kapitalistischen Verwertungslogik unterwerfen, mehr als je zuvor.

Die unabhängigen Bewegungen unternehmen trotz aller Repression und Widrigkeiten – zu denen auch interne Differenzen zählen – große Anstrengungen, um sich gegen die aufoktroyierte Politik der politischen Klasse zu wehren, den weiteren Fortschritt der neoliberalen Projekte zu stoppen und Alternativen zu erarbeiten. Noch wissen die wenigsten Menschen in Mexiko, welche gravierenden Konsequenzen die aktuellen Prozesse für ganz Nordamerika haben können, daher bestehen die aktuellen Anstrengungen darin, die Informationsarbeit auszuweiten.

Impressum:

Central America Special Action (CASA) und Guatemala-Koordination
(CASA- und Guatemala-Kogruppe)

Postfach 130123, 20101 Hamburg
E-Mail: casa@amnesty-hamburg.de

ViSdP: Wolfgang Grenz

AI im Internet:

CASA- und Guatemala-Kogruppe, Hamburg: <http://casa-amnesty.de>
Amnesty International, Sektion der Bundesrepublik Deutschland: www.amnesty.de
Internationales Sekretariat: www.amnesty.org

Der vorliegende Rundbrief ist keine offizielle AI-Publikation. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von AI wieder.

Kurznachrichten

FMLN gewinnt die Präsidentschaftswahlen in El Salvador

Bei den Präsidentschaftswahlen am 15. März 2009 konnte sich die ehemalige Guerillaorganisation *Frente Farabundo Martí de Liberación Nacional* (FMLN) gegenüber der konservativen Republikanisch-Nationalistischen Allianz (ARENA) mit einem knappen Vorsprung durchsetzen. Der linksgerichtete Kandidat **Mauricio Funes** gewann die Wahlen mit 51,3%, sein rechtsgerichteter Kandidat **Rodrigo Ávila** erreichte 48,7% der Stimmen.

Laut einem Bericht der Delegierten der Schweizer Wahlbeobachtungskommission haben die zahlreichen Wahlbetrügereien der ARENA-Administration zu diesem knappen Ergebnis geführt. Die Prognosen unabhängiger Institute hatten dem FMLN einen Vorsprung von 10% vorausgesagt. Weitergehende Betrugsfälle, die auch schon im Vorfeld der Wahlen stattgefunden hatten, konnten von den nationalen und internationalen Wahlbeobachtern zumindest teilweise be- oder verhindert und v.a. durch die starke Wählermobilisierung durch den FMLN zahlenmäßig relativiert werden. Aufgedeckt wurden u.a. falsche Identitätskarten, Mehrfachwähler, Stimmabgaben von im Wahlgregister eingetragenen Verstorbenen sowie „Importe“ von Nicaraguanern, die gegen Bezahlung und mit falschen Papieren ausgestattet zur Wahl gingen.

Ansonsten verlief der Wahltag ruhig. Mauricio Funes wird sein Amt als Präsident am 1. Juni

antreten. Er möchte zum Präsidenten des Friedens und Wiederaufbaus werden. Sein vorrangiges Ziel ist es, das Land zur dynamischsten Wirtschaft Lateinamerikas zu machen. Auch unter seiner Regierung soll El Salvador ein überzeugter Verbündeter der Vereinigten Staaten bleiben, die großen wirtschaftlichen Einfluss auf das Land haben.

Nach 20 Jahren findet damit auch in El Salvador ein Linksruck innerhalb der politischen Führungsspitze des Landes statt. Der gewählte Präsident Funes betonte dabei die Unabhängigkeit von Venezuelas Staatschef Chávez. Es bleibt zu hoffen, dass diese politische Veränderung auch zu einer deutlichen Verbesserung der Situation der Menschenrechte führen und zur Aufklärung unzähliger Menschenrechtsverbrechen in der Vergangenheit beitragen wird, welche die Menschen bis heute schwer belasten. So drängt die *Asociación Pro-Búsqueda de Niñas y Niños Desaparecidos*, die nach den während des Bürgerkrieges verschwundenen Kindern sucht, weiterhin darauf, dass die gesetzlichen Vorgaben für die interinstitutionelle Kommission zur Suche nach den verschwundenen Kindern geändert und mit den Empfehlungen des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofes in Übereinstimmung gebracht wird.

Kirstin Büttner

Casa Alianza Guatemala geschlossen

Im Januar erreichte uns ein Gerücht, das bald darauf zur traurigen Gewissheit wurde: Die Kinderhilfsorganisation *Casa Alianza* ist in den Strudel der internationalen Finanzkrise geraten und musste seine Projekte in Guatemala im Januar 2009 schließen.

Betroffen ist das *Convenant House*, die Mutterorganisation von Casa Alianza in New York, dessen Grundstücke im Zuge der Immobilienkrise massiv an Wert verloren haben. Zudem sind wichtige Großspenden in Millionenhöhe weg gebrochen, die u.a. von Bankern und Brokern der Wall Street kamen. Die internationale Finanzkrise ist damit auch zur Realität für die Kinderhilfsorganisation geworden. Mit dem Unterschied, dass diese nicht unter schützende Finanzschirme schlüpfen kann.

Die Mitarbeiter von Casa Alianza wurden selbst von der Dramatik der Krise überrascht. „Achtzig Prozent der Mittel für Casa Alianza Guatemala kamen aus den USA“, sagt Franz Hucklenbruch, Geschäftsführer von Casa Alianza Kinderhilfe Guatemala e.V. „Mit dem Wegfall der Finanzierung ist de facto keine Weiterführung der Programme möglich, alle Mitarbeiter wurden entlassen, die Programme beendet.“ Die Kinder und Jugendlichen, die nicht auf andere Projekte im Land verteilt werden konnten, werden nun von Praktikanten betreut, die Reintegration in ihre Familien soll innerhalb der nächsten drei Monate stattfinden. Ein Prozess, der Ruhe und Einfühlungsvermögen verlangt, wird auf diese Weise drastisch beschleunigt, die Folgen für die Jugendlichen und ihre Familien sind unabsehbar. Der

Druck, der auf den Mitarbeitern lastet, ist groß. Doch die Kinderhilfe Guatemala gibt nicht auf. „Wir sind im Kontakt mit unserem Büro in Honduras. Wenn Guatemala keine Finanzierung aus den USA mehr erhält, müssen wir nach Alternativen suchen, und die können in einer Zusammenarbeit mit dem Nachbarland und uns in Deutschland liegen“, so Hucklenbruch. Er und seine Mitarbeiter hoffen auf die anhaltende Unterstützung der Bevölkerung in Deutschland und eine enge Zusammenarbeit mit anderen Hilfsorganisationen, um den Neuanfang in Guatemala zu schaffen. Spenden, die 2008 beim deutschen Zweig der Kinderhilfsorganisation eingingen, sollen in den Wiederaufbau der Projekte fließen, sobald wieder verlässliche und transparente Strukturen in Guatemala zur Verfügung stehen.

Die Arbeit von Casa Alianza ist nicht nur für die Kinder und Jugendlichen vor Ort unersetzlich. Die

Aktion „Zero Tolerance... for Impunity. Extrajudicial Executions of Children and Youths since 1998“ von 2003 ist nur ein Beispiel dafür, dass auch Amnesty International sich bei seinem Einsatz für die Rechte von Straßenkindern zum großen Teil auf die Arbeit von Casa Alianza stützt. Ohne die sorgfältig recherchierten Statistiken und die Darstellung von Einzelschicksalen durch die Kinderhilfsorganisation wäre die AI-Einzelfallarbeit in dieser Form nicht möglich gewesen.

Der erste Schrecken ist vorbei, er hat die deutsche Sektion von Casa Alianza nicht gelähmt. Hier wird auf Hochtouren nach Lösungen gesucht. Wir wünschen ihr alles erdenklich Gute für den Neuanfang.

Shelina Islam

Eine gute Nachricht aus Honduras

Die Menschenrechtsorganisation *Asociación para una Sociedad Más Justa* (ASJ) hat mitgeteilt, dass am 27. Februar 2009 die beiden Männer, die man des Mordes am Menschenrechtsanwalt Dionisio Díaz García verdächtigte, für schuldig befunden wurden. Am 18. März soll das Urteil gesprochen werden. Es wird eine 20-30-jährige Haftstrafe erwartet.

Dionisio Díaz García, Anwalt der Menschenrechtsorganisation ASJ, war im Dezember 2006 erschossen worden. Er war mit verschiedenen Fällen beschäftigt gewesen, in denen eine private

Sicherheitsfirma mutmaßlich gegen das Arbeitsrecht verstoßen hatte.

Die ASJ hat allen Amnesty-Mitstreitern für die Unterstützung gedankt. Für die Organisation ist der Kampf um Gerechtigkeit jedoch noch nicht zu Ende. Sie gibt sich mit der Bestrafung der kriminellen Tat nicht zufrieden. Gerechtigkeit werde es erst geben, wenn auch die Hintermänner gefasst und zur Rechenschaft gezogen worden sind.

Shelina Islam

Quelle: E-Mail equipoca@amnesty.org vom 2.3.2009

Länderinformationen und Menschenrechtsberichte

Das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) unterhält eine umfangreiche Datenbank mit Informationen zu allen Ländern der Welt. Auf den Americas-Seiten des UNHCR (<http://www.unhcr.org/refworld/region/4562d94e2.html>) findet Ihr aktuelle Berichte, u.a. zu den zentralamerikanischen Staaten und zu Mexiko.

Neben diversen Länderberichten werden teilweise auch Gesetzestexte und Kommentare, z.B. von *Article 19 – Global Campaign for Free Expression* (<http://www.article19.org/>) wiedergegeben, wobei die Auswahl nicht immer plausibel erscheint.

Ein flüchtiges Durchklicken der Bestände macht deutlich, dass es für Costa Rica und Panama seit zehn Jahren keine Amnesty-Jahresberichte mehr gibt. Alle anderen Länder unserer Region sind relativ gut vertreten.

Am 25.02.2009 erschien der neue Menschenrechtsbericht des *U.S. State Department*. Unter der URL <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2008/wha/index.htm> findet man die *Country Reports on Human Rights Practices* – immer noch eine der umfassendsten Darstellungen zur Menschenrechtslage in allen Ländern Lateinamerikas und des Karibischen Raumes.

Wolfgang Grenz

Mexiko: Vier der fünf Gewissensgefangenen von Ayutla sind frei!

Vier der fünf von Amnesty International zu Gewissensgefangenen erklärten Vertreter der indigenen Organisation OPIM sind wieder frei. Dies teilte das Menschenrechtszentrum „Tlachinollan“ in Tlapa (Bundesstaat Guerrero) am 19. März mit. Die Freude ist groß.



Nach fast einem Jahr wurden die am 17. April 2008 willkürlich Verhafteten freigelassen, nachdem schon Mitte Oktober letzten Jahres eine Richterin entschieden hatte, dass sie zu Unrecht einsaßen. Dagegen hatte ein Vertreter der Bundesstaatsanwalt Berufung eingelegt.



Eine Sorge besteht weiter: Raúl Hernández, der fünfte Angeklagte und nach Ansicht von AI ebenfalls unter falschen Anschuldigungen festgenommen, befindet sich nach wie vor in Haft. Wir alle sind aufgefordert, uns unvermindert für seine sofortige Freilassung einzusetzen. Das Menschenrechtszentrum Tlachinollan ist darüber hinaus bemüht, die immer noch bestehenden Haftbefehle gegen zehn weitere (auf freiem Fuß befindliche) OPIM-Mitglieder aufzuheben.

Die Verhaftungen und die Haftbefehle gegen die OPIM-Vertreter beruhten auf der immer wiederholten, damit aber nicht glaubwürdiger werdenden Beschuldigung der Justiz, an der Ermordung von Alejandro Feliciano García, einem Informanten des mexikanischen Heeres am 1. Januar 2008 beteiligt gewesen zu sein. Kritiker sahen in diesem Vorgang von Anfang an eine gezielte Störaktion gegen die *Organización del Pueblo Indígena Me'phaa* (OPIM), die sich für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte dieses Volkes der Mixteken einsetzt. Es gibt hinreichende Beweise, dass Vertreterinnen und Vertreter der OPIM systematisch schikaniert, bedroht und gefoltert wurden. Erst kürzlich waren zwei Führer einer Schwesterorganisation entführt und eine Woche später mit Anzeichen von Folter erschossen aufgefunden worden. Die Kriminalisierung sozialer – und speziell indigener – Bewegungen hat Methode.



Vier der fünf Gewissensgefangenen der Organisation OPIM wurden am 19. März 2009 freigelassen (von rechts: Natalio Ortega Cruz, Orlando Manzanárez Lorenzo, Manuel Cruz Victoriano und Romualdo Santiago Enedina). Raúl Hernández Abundio befindet sich nach wie vor in Haft.

© Tlachinollan